



FIGU— ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 40, April 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU-Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

Drohnenmorde

Posted on März 19, 2016 9:49 pm by jolu

7. März 2016: 150 Menschen von Ramstein aus getötet



von Ralf Pochadt

Der tägliche Massenmord von Deutschland aus, mittels Drohnen, hat apokalyptische Ausmasse angenommen. Mitfinanziert und ermöglicht durch die Steuerzahlenden in Deutschland, gefördert und akzeptiert durch die Bundesregierung, censiert durch die Mainstream-Medien.

«Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen», sagte einst ein Bundeskanzler und erntete Zustimmung. Heute werden solche Äußerungen als pazifistische Spinnelei abgetan. Noch niemals zuvor seit dem 2. Weltkrieg sind von deutschem Boden so viele Kriege und Massenmorde ausgegangen wie heute. Akzeptiert und politisch gewollt, finanziert von den Steuerzahlenden.

In Ramstein analysieren und aktualisieren ca. 650 Mitarbeiter/innen mit Genehmigung der Bundesregierung und Mitfinanzierung der Steuerzahlenden in Deutschland die Überwachungsdaten der vermeintlichen Zielpersonen und leiten ihre Daten dann weiter, um die Massentötung von Menschen fortzuführen. Wenn ein Drohnen-Pilot, der tausende Menschen getötet hat, aussteigt, ist er ein Staatsfeind. Brandon Bryant ist nach über 1600 Tötungen ausgestiegen.

Kaum jemand findet daran etwas auszusetzen. Die US-Militärbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz ist ein zentrales Drehkreuz für die Kriege der «westlichen Wertegemeinschaft». Viele Millionen lassen sich die Steuerzahlenden in Deutschland diese Tötungszentrale kosten, ebenso wie sie Millionen in die Atombomben-Basis nahe dem Moselstädtchen Cochem stecken, wo die Bundeswehr täglich den Abschuss von Atombomben übt.

Beide Zentralen werden jetzt für die Kriege der Zukunft gerüstet, wie sie im neuen Pentagon-Handbuch «Gesetz des Krieges» angekündigt sind, mit dem das Völkerrecht ausgehebelt wurde und demokratische Grundsätze und Menschenrechte, die im Laufe von Jahrhunderten entwickelt wurden, einfach abgeschafft sind. Selbst der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung ist jetzt den US-Militärs auch ganz offiziell erlaubt.

Ihre Vasallen, allen voran die Vasallen in Deutschland, machen vollkommen losgelöst von ihren historischen Erfahrungen, von ihrem Grundgesetz und den Bekenntnissen zu grund-



legenden Menschenrechten nicht nur uneingeschränkt mit, sie stellen auch den Boden zu Verfügung, von dem die meisten Massentötungen ausgehen.

Quellen:

The Intercept: Nobody Knows the Identities of the 150 People Killed by U.S. in Somalia, but Most Are Certain They Deserved It <<https://theintercept.com/2016/03/08/nobody-knows-the-identity-of-the-150-people-killed-by-u-s-in-somalia-but-most-are-certain-they-deserved-it/>>

RT Deutsch: Analyse: Neue Pentagon-Richtlinien propagieren „totalen Krieg“ und Einsatz von Atomwaffen <<https://deutsch.rt.com/amerika/35791-analyse-neue-pentagon-richtlinien-sehen/>>

Luftpost: Das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht, Teil 4 <http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21815_301115.pdf>

YouTube: KenFM am Set: Vortrag von Ray McGovern und Elizabeth Murray – Wie werden Kriege ‚gemacht?‘ <https://www.youtube.com/watch?v=_EDknszjcNY&feature=youtu.be>

YouTube: America’s Ex-Drone Pilot <https://www.youtube.com/watch?v=Y_Lt88KXzIQ&feature=youtu.be>

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/drohnenmorde/>

Monsantos Unkrautkiller: EU-Abstimmung über Glyphosat verschoben

17.03.2016 • 15:56 Uhr



Quelle: Reuters

In der vergangenen Woche wollten die Mitgliedsstaaten der EU in Brüssel über die Wiederzulassung des Totalherbizids Glyphosat abstimmen. Die geplante Entscheidung wurde von der EU-Kommission jedoch vertagt. Immer mehr EU-Staaten wollten zuletzt gegen die Wiederzulassung stimmen.

Der europäischen Umweltbewegung ist ein wichtiger Etappensieg gelungen. Frankreich, Italien, Schweden und die Niederlande sprachen sich in der vergangenen Woche gegen eine erneute Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat aus. Auch Dänemark, Luxemburg und Bulgarien meldeten Medienberichten zufolge Bedenken an.

Deutschland und zahlreiche weitere Mitgliedstaaten hatten zudem geplant, sich bei einer Abstimmung zu enthalten, so dass keine qualifizierte Mehrheit für die Wiederzulassung zustande gekommen wäre. Für eine qualifizierte Mehrheit muss nicht nur die Mehrheit der Mitgliedsstaaten zustimmen, sondern diese muss auch mindestens zwei Drittel der Bevölkerung der Europäischen Union repräsentieren.

Dass mögliche Gefahren von Glyphosat in immer mehr EU-Staaten ernstgenommen werden, ist das überraschende Ergebnis in einer lang andauernden umweltpolitischen Debatte. Nach einer aktuellen Einstufung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist der vom Chemiekonzern Monsanto hergestellte Stoff wahrscheinlich krebsfördernd.

Noch in der Woche vor der Brüsseler Sitzung hatte eine neue Untersuchung gezeigt, dass die meisten Deutschen mit dem Unkrautvernichter belastet sind. Demnach fanden sich Spuren der Chemikalie in 99,6 Prozent von über 2000 untersuchten Urin-Proben aus Deutschland. Zudem hatte das Umweltinstitut erst kürzlich Glyphosat-Rückstände in Produkten der 14 beliebtesten deutschen Biermarken nachgewiesen. Danach schlossen sich auch die österreichischen Bierbrauer der Forderung nach einem Verbot von Glyphosat an.

Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das in der EU die Rolle des Berichterstatters über Glyphosat einnimmt, hatte bis zuletzt den Standpunkt vertreten, dass der Einsatz des Ackergifts unbedenklich sei. Diese Einschätzung wurde von 94 renommierten Wissenschaftlern in einer Fachzeitschrift kritisiert.

Während das BfR die Wiederzulassung befürwortet hat, hat sich das Umweltbundesamt wegen der ökologischen Auswirkungen von Glyphosat gegen den Stoff ausgesprochen. Auch die beiden federführenden Ministerien, das Landwirtschafts- und das Umweltministerium, konnten sich bis zuletzt nicht auf eine einheitliche Haltung einigen. Aus diesem Grund hätte sich Deutschland bei einer Abstimmung enthalten.

Das Umweltinstitut fordert die Mitgliedsstaaten der EU auf, bei einer späteren Abstimmung gegen eine erneute Zulassung des Totalherbizids zu stimmen. Die nächste Sitzung des zuständigen Ausschusses ist bisher für Mai geplant. Ob dabei jedoch das Thema Glyphosat aufgerufen wird, ist bisher unklar.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/37354-monsantos-unkrautkiller-eu-abstimmung-uber/>

Westen dreht am Rad: Putin ordnet sofortigen Abzug aus Syrien an – USA versteht die Welt nicht mehr – Putins Anstand ist ein Fremdwort für die westlichen Eliten

Deutsche Wirtschafts Nachrichten; Di, 15 Mär 2016 14:01 UTC

Russlands Präsident Putin hat einen teilweisen Abzug der Truppen aus Syrien angeordnet. Die Entscheidung fiel am Montag, nachdem das russische Militär festgestellt hatte, die Ziele des Einsatzes seien weitgehend erfüllt worden.



© EPA/MIKHAIR KLIMENTYEV/SPUTNIK/KREMLIN POOL

Russlands Präsident Putin mit Außenminister Lawrow und Verteidigungsminister Schoigu am Montag in Moskau.

terhin gegen den Terror kämpfen werde.

Der Abzug soll laut Tass bereits am Dienstag beginnen. Die russischen Soldaten hätten gezeigt, dass sie auch fern der Heimat in der Lage seien, einen erfolgreichen Feldzug zu führen, sagte Putin am Montag.

Kommentar: In der Tat! Und ein kurzer und sehr erfolgreicher Feldzug obendrein:

– Warum blinder Pazifismus das Gegenteil fordert: Führt Putin einen gerechten Krieg?

Es sei ihnen gelungen, die Terror-Miliz IS weitgehend zurückzudrängen. Verteidigungsminister Schoigu sagte laut RT, dass es auch gelungen sei, die Nachschubwege des IS in die Türkei nachhaltig zu unterbrechen.

Das primäre Ziel der Russen war tatsächlich der Kampf gegen den IS gewesen. Das hatte auch die UN den Russen bestätigt. Die US-Militärführung war ebenfalls beeindruckt von der strategischen Disziplin der Russen und ihrer Zusammenarbeit mit der syrischen Armee.

Kommentar: Russland hat äusserst professionell gehandelt:

– Westen ist schockiert und sprachlos: Waffen und Strategie Russlands sind absolut überlegen
– Geheime NATO-Analyse: «Russland Angriffe in Syrien sind höchst professionell und effektiv»
– Generalleutnant widerspricht BILD-Zeitung: «Russland ist nicht aggressiv und äusserst professionell.»

Die Russen werden, so der russische Staatssender RT (Video am Anfang des Artikels), nun von den regulären russischen Marine- und Luftwaffenstützpunkten Tartus und Khmeimim «Routine-Einsätze» fliegen.

Russland unterstützt seit mehreren Monaten Assad mit Luftangriffen. Sie sollen sich in erster Linie auf extrem radikale Gruppen wie die sunnitische Miliz Islamischer Staat (Anm. Islamistischer Staat) oder den Al-Kaida-Ableger al-Nusra Front konzentrieren.

Der Abzug kommt für die meisten Beobachter überraschend. Denn tatsächlich konnte die syrische Armee mit Hilfe der Russen bedeutende Geländegewinne verbuchen. Von einem endgültigen Sieg über den IS kann allerdings noch keine Rede sein.

Es ist denkbar, dass die Russen sich nun auf Luftschlüsse konzentrieren und diese gemeinsam mit den USA durchführen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte unmittelbar vor der Bekanntgabe des Abzugs den USA vorgeschlagen, die Stadt Raqa gemeinsam zu befreien.

Präsident Wladimir Putin hat einen teilweisen Abzug der russischen Truppen aus Syrien befohlen. Ab Dienstag solle das Hauptkontingent der russischen Streitkräfte in Syrien damit beginnen, aus dem Bürgerkriegsland abzurücken, sagte der Staatschef bei einem Treffen mit seinem Außen- und Verteidigungsminister in Moskau. Die Ziele des russischen Militäreinsatzes seien weitgehend erfüllt worden. Putin ordnete an, dass Russland jetzt eine grössere Rolle im Friedensprozess einnehmen solle, um den Konflikt zu beenden. Sein Sprecher Dmitri Peskov sagte, der Präsident habe Syriens Staatschef Baschar al-Assad über die Entscheidung telefonisch informiert.

Die syrische Regierung sagte laut staatlicher Nachrichtenagentur Sana, dass Russland weiterhin gegen den Terror kämpfen werde.

Mit der Entscheidung dürfte Moskau auch den Druck auf den syrischen Präsidenten Assad erhöhen. So sieht das auch die «Washington Post», die in der Regel sehr genau aus dem Pentagon informiert wird. US-Präsident Obama telefonierte am Montagabend mit Putin und pochte auf die Fortsetzung des UN-Friedensprozesses. Aussenminister Sergej Lawrow sagte in Moskau, die Entscheidung zum Rückzug sei auch gefallen, weil sich Putin und US-Präsident Barack Obama darauf geeinigt hätten, die Friedensverhandlungen fortzuführen. Die USA wollten ursprünglich Assad stürzen. Doch Russland lehnte dies ab und betonte mehrfach, dass nur das syrische Volk darüber entscheiden könne, von wem es regiert werden will.

Kommentar: Dieser Schritt der Russen kommt wieder vollkommen überraschend für USA und Co.:

– Pentagon flippt aus – Russland errichtet über Syrien eine Flugverbotszone und bekämpft ISIS

Assad versucht seit fünf Jahren, eine von den Golfstaaten angezettelte Revolte niederzuschlagen. Am Montag startete in Genf eine neue Runde der internationalen Gespräche zur Lösung des Konflikts.

Die Waffenruhe nährt die Hoffnung, eine politische Lösung des Konflikts zu finden, in dem bereits rund 270 000 Menschen getötet wurden. In Genf begann am Montag eine neue Runde indirekter Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Der UN-Sondergesandte Staffan de Mistura traf den syrischen Chefunterhändler Baschar al-Dschaafari, bevor er am Dienstag Vertreter der Opposition treffen wollte.

De Mistura nannte die neuen indirekten Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien einen «Moment der Wahrheit». Das syrische Volk müsse über die Zukunft des Landes bestimmen, sagte der UN-Vermittler. «Aber wir müssen ihnen helfen.» Es gebe keinen Plan B. Die Alternative sei eine Rückkehr zum Krieg, «noch schlimmer, als wir ihn bisher erlebt haben», warnte de Mistura.

Kommentar: Chaos Imperium USA: Kerry redet von Spaltung Syriens als «Plan B» der USA

Interessant: Auch die von Saudi-Arabien gebildete Opposition lobte laut dem russischen Staatssender Sputnik den Rückzug der Russen. Dieser erhöhe die Chancen auf den Frieden deutlich, sagte ein Sprecher.

Kommentar: Die denken wohl, dass sie jetzt wieder ungeniert das Völkerrecht in Syrien brechen können und Assad endlich stürzen können. Diese Aussage oben muss unter diesem Blickwinkel betrachtet werden.

Ob es eine Absprache zwischen Russland und Saudi-Arabien gibt, ist unklar. Schwierig könnte nun die Lage für die kurdische YPG werden: Die Kurden kämpfen gegen die Türkei und gegen den IS. Lawrow sagte lediglich, die Kurden würden nun von der syrischen Armee unterstützt. Bisher hatte Russland immer gefordert, dass auch die YPG an den Friedensverhandlungen teilnehmen müsse. Davon war am Montag von Seiten der Russen nichts mehr zu vernehmen.

Kommentar: Und wieder geht Putin mit gutem Beispiel voran und debütiert somit meisterhaft die Pläne der US Psychopathen-Elite. Russland hat nicht nur in wenigen Monaten erfolgreich den IS bekämpft und Syrien vor dem Untergang gerettet, sondern auch mit diesem Schritt Anstand und Menschlichkeit bewiesen. Zeitgleich entziehen sie mit diesem Schritt der USA die Propagandagrundlage gegen Russland in Syrien.

Genial und menschlich.

Die gewissenlosen westlichen Eliten drehen jetzt bestimmt wieder am Rad. Gott sei Dank gibt es Putin und seine Regierung:

- Westen kocht vor Wut: Putins Popularität explodiert weltweit
- USA und Russland: Psychopathischer Tyrann gegen die Menschlichkeit in der Welt
- Die Angst vor dem Tod und das menschliche Verlangen nach Helden
- Putin wird zum Symbol-Gesicht der neuen globalen Widerstandsbewegung
- Schritt für Schritt: Putin stärkt Russland und schützt die Welt
- Globale Pathokratie, autoritäre Mitläufer und die Hoffnung der Welt
- «Weltordnung» auf Deutsch: Unterdrückter Dokumentarfilm über Putin und die Welt – Einmaliger Blick hinter die Kulissen
- Offener Brief: Danke Putin – Einer für alle, alle für einen! Menschen der Welt bedanken sich mit einer Unterschrift, auch wenn es den Qualitätsmedien nicht passt

- Pentagon flippt aus – Russland errichtet über Syrien eine Flugverbotszone und bekämpft ISIS
 - Warum haben die westlichen Eliten Angst vor Putin?
 - Punktlandung von Putin: «Nur Menschen ohne gesunden Menschenverstand glauben, dass Russland die NATO angreifen will.»
 - Die Trumpfkarte von Putin ist die Wahrheit: «US-Politik hat zu Ausbreitung des Terrors in der Welt geführt. ISIS ist ein weiteres Beispiel. Wir müssen uns gegen diese Politik vereinen.»
 - Putins Strategie ist unschlagbar: Russland bewahrt die Welt vor dem Untergang
 - Putin rettet ukrainische Stadt vor dem Erfrieren: Poroschenko lässt Volk erfrieren
 - Warum blinder Pazifismus das Gegenteil fördert: Führt Putin einen gerechten Krieg
- Quelle: <http://de.sott.net/article/22699-Westen-dreht-am-Rad-Putin-ordnet-sofortigen-Abzug-aus-Syrien-an-USA-versteht-die-Welt-nicht-mehr-Putins-Anstand-ist-ein-Fremdwort-für-die-westlichen-Eliten>

Wie Klavierspieler auf der Titanic: Ramsauer rechnet mit Merkel ab

Posted on März 16, 2016 7:46 pm by jolu



Peter Ramsauer (2013): CSU verschärft Kritik Foto: dpa

BERLIN. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Ramsauer hat Teilen der CDU einen Realitätsverlust vorgeworfen. «Am absurdesten sind jene Interpretationen in der CDU, die davon sprechen, dass all jene, die nicht AfD gewählt haben, den Kurs der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik unterstützen», sagte der frühere Verkehrsminister der Welt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erinnere ihn zunehmend an den Klavierspieler auf der Titanic. «Der spielte auch bis zum Schluss, denn sein Flügel funktionierte ja. Und abgesoffen ist er trotzdem.» Wer innerhalb der Union die Verluste bei den Landtagswahlen schönrede, bringe «die Menschen noch mehr in Rage», warnte der CSU-Politiker.

«Rechts von der CDU sei noch immer die Mitte»

Zudem gab Ramsauer der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch recht, die gesagt hatte, rechts von der CDU sei noch immer die Mitte. «Deshalb muss man das Ergebnis der Landtagswahlen nicht nur, wie es Horst Seehofer getan hat, als tektonische Verschiebung ansehen, sondern als Kontinentalverschiebung.» Es sei ein Fehler, dass sich bei CDU und CSU kaum noch jemand traue, «von der Union als einer Partei des Mitte-rechts-Spektrums zu sprechen». Davon profitiere die AfD. «Wir müssen wieder Mitte-rechts-Partei werden», forderte der Abgeordnete.

Eine Koalition mit der AfD schloss Ramsauer vorerst aus. «Nur darf ich daran erinnern, dass die SPD vor 35 Jahren nie mit den Grünen koalieren wollte. Von der CDU zu schweigen.» Wie es heute aussehe, sei allerdings bekannt. Insgesamt habe sich die Union von vielen Wählern entfernt. «Sie sind heimatlos geworden und landen bei der AfD.»

CSU-Basis wendet sich von Merkel ab

Ramsauer warnte, dass die Union, sollte am kommenden Sonntag der Bundestag neu gewählt werden, mit einem «verheerenden» Ergebnis rechnen müsse. Der AfD traue er ein zweistelliges Ergebnis zu. «Durch die Flüchtlingspolitik, die Griechenland-Politik, aber auch so idiotische Diskussionen wie die Beschränkung von Bargeld wird auch die CSU nach unten gezogen.» Seine Partei könne sich nicht vom bundespolitischen Trend abkoppeln. «Wir sind mitgefangen und mitgehängt. Mitgefangen mit Angela Merkel und mit ihr gehangen», betonte der CSU-Politiker.

Die CSU-Basis allerdings rückte immer weiter von Merkel ab. «Wenn ich meine Ortsvorsitzenden frage, ob sie bereit seien, in 17 Monaten wieder Merkel-Plakate aufzuhängen, dann sehe ich nur in lange Gesichter.» Er selbst habe Verständnis für diese Position. «Diese Leute stehen an vorderster Front und sind nicht mehr bereit, jede Politik mitzumachen.»

Friedrich: Merkel-Flügel nicht stärken

Unterdessen rief Ramsauers Parteikollege Hans-Peter Friedrich enttäuschte Unionsmitglieder auf, die Partei nicht zu verlassen. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter schrieb er:

Jeder Liberal-Konservative, der die CDU verlässt, stärkt den Merkel-Flügel. Also: Bleiben und kämpfen!

– Hans-Peter Friedrich (@HPFriedrichCSU) 15. März 2016

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/wie-klavierspieler-auf-der-titanic/>

Drogensüchtige kontrollieren US-Atomraketen

Sonntag, 20. März 2016, von Freeman um 09:00

Hier ist eine Geschichte, die einem den Sonntag sprichwörtlich erstrahlen lassen kann. Im Norden der Vereinigten Staaten, im Bundesstaat Wyoming, befindet sich die Francis E. Warren Air Force Base, die Luftwaffenbasis, die nach Francis E. Warren benannt ist, einem Politiker aus Wyoming und Schwiegervater von John J. Pershing. Wir erinnern uns noch an den NATO-Doppelbeschluss aus dem Jahre 1979, die Aufstellung von mit Atomsprengköpfen bestückten Pershing II Mittelstreckenraketen in Deutschland und die Diskussion darüber, begleitet von heftigen Protesten aus der Bevölkerung. Auf der Warren Basis sind Einheiten des Air Force Global Strike Command stationiert, die nukleare Interkontinentalraketen vom Typ Minuteman III betreiben. Die Soldaten der Luftwaffe sind mit der Bewachung, Kontrolle und dem Start von 150 Atomraketen beauftragt, jede mit drei Sprengköpfen bestückt. Jetzt ist ein riesiger Skandal zu Tage gekommen. Es hat sich bei einer Untersuchung herausgestellt, dass ein Grossteil der Raketenmannschaft drogensüchtig ist und Kokain und Ecstasy konsumiert. Man stelle sich vor, das Personal in den unterirdischen Rakentensilos, das den Finger auf dem Abschussknopf von Atomraketen hat, befindet sich möglicherweise im Drogenrausch.

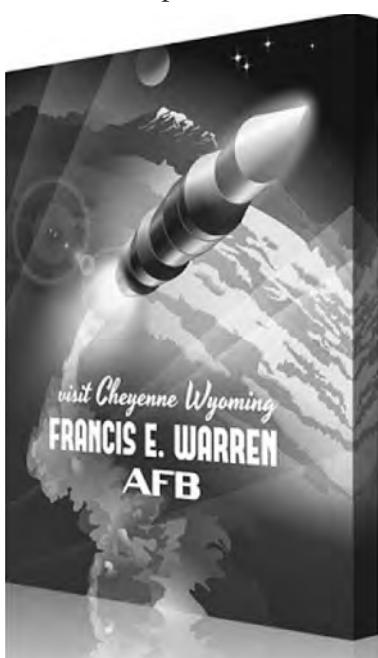
Vergangenes Jahr haben sich drei Offiziere, die für den Raketenstart verantwortlich sind, in der US Air Force «missileers» genannt, schuldig bekannt Ecstasy konsumiert zu haben, nachdem eine Untersuchung über den Besitz von illegalen Drogen herausgefunden hat, dass 100 Offiziere in einen Betrugsskandal involviert sind.

Laut General Robin Rand, Kommandant des Air Force Global Strike Command, stammen die 14 Soldaten von der 90th Security Forces Group an der F.E. Warren AFB ausserhalb Cheyenne, Wyoming. Sie waren verantwortlich für die 150 Minuteman III Atomraketen. Sie wurden vom Dienst suspendiert während weitere Untersuchungen über den Drogenmissbrauch durchgeführt werden.

Obwohl General Rand sich weigerte, die Drogen zu nennen, welche die Soldaten der Luftwaffe konsumiert haben, handelt es sich laut der Nachrichtenagentur Associated Press um Kokain.

«Es kam ans Tageslicht weil einer der Soldaten seinem ranghöheren Offizier seinen Verdacht über den Drogenkonsum meldete», sagte General Rand.

Bereits im März 2014 hat die Air Force neun Offiziere entlassen und den Rücktritt des Kommandanten von Malmstrom akzeptiert. Die Malmstrom Air Force Base ist eine Basis der US-amerikanischen Luftwaffe bei Great Falls



(Montana). Auf der Basis sind Einheiten des Air Force Global Strike Command stationiert, welche nukleare-Interkontinentalraketen vom Typ Minuteman III betreiben.

Nachdem die Textnachrichten von vier Offizieren des Raketenstarts untersucht wurden, die des Besitzes von illegalen Drogen verdächtigt waren, haben die Untersuchungsbeamten auf den Handys Antworten auf Testfragen gefunden, einschliesslich geheimer Informationen.

Insgesamt waren 100 Offiziere in den Betrugsfall involviert. Generalmajor Jack Weinstein hat neun Offiziere entlassen und den Rücktritt von Oberst Robert Stanley akzeptiert, den Kommandanten von Malmstrom. Mindestens 79 Offiziere wurden diszipliniert, einschliesslich 15, die vor der Entlassung aus dem Dienst stehen.



Generell haben in den vergangenen Jahren massenweise Entlassungen von kommandierenden Offizieren stattgefunden, die für die Atomraketen verantwortlich waren. Dabei ging es um Alkoholkonsum, Wutausbrüche, Misshandlung von Untergebenen, Verletzung der Sicherheitsbestimmungen, Untergrabung der Moral und vieles mehr.

Nach Sicherheitsinspektionen im Juni 2013 wurden 17 Offiziere aus ihrem Dienst entlassen, welche die Aufgabe hatten, die Interkontinentalraketen auf der Minot Air Force Base zu kontrollieren. Der Kommandant des 91st Operations Support Squadron, Oberstleutnant Randy Olson, wurde des Amtes enthoben, weil die Air Force kein Vertrauen mehr in ihn hatte. Seine Offiziere hatten die Sicherheitsbestimmungen verletzt, die geheimen Start-Codes für die Raketen nicht genug gesichert und generell eine lasche Einstellung zur Disziplin.

Der damalige Verteidigungsminister Chuck Hagel befahl 2014 eine Revision der gesamten atomaren Streitmacht und sagte nach dem Zutagetreten der unhaltbaren, verantwortungslosen und gefährlichen Zustände: «Das Versagen des Personals innerhalb dieser Streitkräfte bedroht das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung, die sie in uns gesetzt hat, die Atomwaffen sicher und gesichert aufzubewahren.»



Das kann man laut sagen. Es ist beängstigend, daran denken zu müssen, Militärpersonal, das Drogen konsumiert, sitzt am Startknopf von Atomraketen und könnte im Drogenrausch einen Atomkrieg auslösen. Andererseits kann ich mir vorstellen, was das überhaupt für ein Scheissjob und psychische Belastung ist, den ganzen Tag in einem Bunker zu sitzen und auf den Startbefehl des Präsidenten zu warten, im Wissen, wenn der Befehl

kommt, rottet man die ganze Menschheit aus. So eine apokalyptische Vorstellung werden viele nur mit Alkohol oder Drogen unterdrücken können.

Quelle und Videos bei: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/03/drogensuchtige-kontrollieren-us.html>

Massenmörder bekommt höchsten Orden Frankreichs

Freitag, 18. März 2016, von Freeman um 14:00

Die französische «Légion d'honneur» oder zu deutsch «Ehrenlegion» ist die ranghöchste Auszeichnung Frankreichs. Der Orden wurde am 19. Mai 1802 von Napoléon Bonaparte in der Absicht gestiftet, militärische und civile Verdienste, ausgezeichnete Talente und grosse Tugenden zu belohnen. Nicht nur französische Staatsbürger sind mit diesem Orden ausgezeichnet worden, sondern auch viele Ausländer. Am 4. März hat der französische Präsident François Hollande die «Légion d'honneur» in einer geheimen Zeremonie Mohammed bin Nayef überreicht, dem Innenminister und Kronprinzen von Saudi Arabien. Seitdem die Nachricht von saudischer Seite

danach bekannt gemacht wurde, ist die Empörung in Frankreich gross. Den grössten Schlachter, Kriegstreiber und Terrorfinanzierer mit diesem Orden auszuzeichnen, ist mehr als ein Skandal. Es ist eine Entehrung und Beleidigung für jeden, der ihn bisher bekommen hat. Das meint jedenfalls die bekannte französische Schauspielerin Sophie Marceau, die ihn auch erhalten soll. «Die Ehrenlegion an den saudischen Kronprinzen, der vergangenes Jahr 154 Hinrichtungen in seinem Land durchführen liess! – Ich weigere mich den Orden anzunehmen», schrieb sie auf Twitter.



le 7 mars 2016

Monsieur le Président,
Monsieur le Grand Maître de l'Ordre,

J'ai appris que vous avez remis la Légion d'Honneur au prince héritier et ministre de l'intérieur d'Arabie Saoudite.
Ayant moi même été décoré en 2002 par le Président Chirac de cette même Légion d'Honneur, je considère votre geste de Président de la République Française comme une insulte personnelle et collective insupportable.

C'est pourquoi j'ai décidé de mon retrait de cet ordre où je ne souhaite pas figurer au côté de telles personnalités qui ne partagent pas les valeurs humaines et démocratiques de la France.

Vous trouverez ci-joint la médaille qui m'a été remise à l'Elysée le 22 octobre 2002.

Alain NICOLAS
Ancien Conservateur en chef des Musées de France
Officier de l'Ordre National du Mérite



Ein anderer bekannter Franzose gab aus Protest seinen Orden zurück, den er 2002 von Präsident Jacques Chirac bekommen hatte. Der ehemalige Direktor des Musée de France, Anthropologe und Historiker, Alain Nicolas, hat einen offenen Brief an Hollande geschrieben. «Ich sehe ihre Geste als Präsident Frankreichs als persönliche Beleidigung, als unakzeptabel für die Gesellschaft», stand im Brief vom 7. März. «Ich wünsche es nicht, neben so einer Person aufgeführt zu werden, die die humanitären und demokratischen Werte Frankreichs nicht teilt.»

Saudi Arabien, dieser wahhabitische sunnitische Terrorstaat und schlimmstes despotesches Regime der Welt, hat allein schon in diesem Jahr 70 Menschen hingerichtet, ungeheuerliche 47 an einem Tag am 2. Januar 2016. Den Kopf abgeschlagen bekommen oder aufgehängt, werden auch geistig Behinderte und sogar Kinder. Mit grausamsten Foltermethoden werden Geständnisse erpresst, Gerichtsverhandlungen finden ohne Rechtsvertretung im Geheimen statt und für die kleinsten Delikte werden die härtesten Strafen verhängt.

Frauen haben fast keine Rechte, werden nicht als Erwachsene betrachtet, sondern benötigen für alle Handlungen einen männlichen Aufpasser, der die Genehmigung gibt. Ausländer haben überhaupt keine Rechte, werden wie Sklaven und wie Tiere behandelt,



treiben. Ausserdem führt das saudische Regime gegen das Nachbarland Jemen einen verbrecherischen Angriffs-krieg.

Aber dieses kriminellste aller Regime wird vom Westen, speziell von den EU-Staaten wie England, Frankreich und Deutschland, hofiert, geehrt, man küsst den Scheichs die Füsse und lässt sie ihre Verbrechen begehen. Warum? Weil sie auf dem grössten Öl vorkommen der Welt sitzen und weil sie die besten Kunden für die Rüstungsindustrie sind. Das ist auch der Grund, warum der saudische Innenminister und Kronprinz, ein Massenmörder, jetzt mit dem französischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde. Es geht ums Geschäft ... das Geschäft mit dem Tod!!!

Man kann gar nicht so viel kotzen wie man möchte ... von wegen europäische Werte. Die Ehrenlegion hat mit Ehre gar nichts zu tun, genau wie der Friedensnobelpreis nichts mit Frieden zu tun hat. Im Gegenteil, damit werden die grössten Kriegshetzter belohnt, wie Barack Hussein Obama oder die Europäische Union. 2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa ausgezeichnet. Das war ja wohl die grösste Frechheit und Verarsche überhaupt.

Schon den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien vergessen? Und dann, welchen Frieden erleben die Afghanen, die Iraker, Libyer und Syrer? Oder was ist mit dem gewaltsamen, von der EU gesponserten Putsch in der Ukraine und dem Krieg in Donbass? Welche Demokratie erleben die Griechen, die völlig entmündigt sind, wo Wahlen keine Wirkung haben und sie von der Troika regiert werden? Welche Versöhnung? Wo doch wegen der selbst verursachten Flüchtlingskrise in der ganzen EU der Streit und die Konflikte ausgebrochen sind!

Welche Verdienste, ausgezeichnete Talente und grosse Tugenden hat denn Kronprinz Mohammed bin Nayef zu in seiner Biographie zu verzeichnen, die im Namen Frankreichs belohnt werden müssen? Das Verdienst, Tausende Menschen hingerichtet zu haben? Das Talent, die mörderischen Terrorgruppen zu finanzieren? Die Tugend, Kriege gegen die Zivilbevölkerung der Nachbarländer zu führen?

Nur als Beispiel, saudische Kampfjets unternahmen am Dienstag eine Reihe von Luftangriffen gegen einen belebten Marktplatz in der Provinz Hajjah in Jemen, und Vertreter der UNO stellten eine endgültige Zahl der Toten bei diesem Vorfall fest und sagten, dass 119 Zivilisten getötet worden sind. Das ist es ganz sicher wert, vom Westen mit einem Orden ausgezeichnet zu werden!

Menschen zu töten ist verboten, ausser man macht es in grossen Mengen unter einer Flagge, dann bekommt man als Auszeichnung einen Orden dafür.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/03/massemorder-bekommt-hochsten-orden.html>

FSA-Chef packt aus: «USA haben unsere Infos über den Islamischen Staat» (Anm. Islamistischen Staat) ignoriert.»

16.03.2016 • 12:57 Uhr; Bilder: Quelle: Reuters



und als Besitzer darf man sie erniedrigen und körperlich züchtigen. Die sexuelle Belästigung und Vergewaltigung von weiblichem Personal geht praktisch straffrei aus.

Neben dem Terror gegenüber der eigenen Bevölkerung, ist Saudi Arabien aber noch der grösste Sponsor des internationalen radikal-islamistischen Terrors. Fast alle Terrorgruppen wie Al-Kaida, al-Nusra oder ISIS werden von Riad finanziert und gesteuert, die in Libyen, Irak oder Syrien ihr mörderisches Unwesen

treiben. Ausserdem führt das saudische Regime gegen das Nachbarland Jemen einen verbrecherischen Angriffs-krieg.

Aber dieses kriminellste aller Regime wird vom Westen, speziell von den EU-Staaten wie England, Frankreich und Deutschland, hofiert, geehrt, man küsst den Scheichs die Füsse und lässt sie ihre Verbrechen begehen. Warum? Weil sie auf dem grössten Öl vorkommen der Welt sitzen und weil sie die besten Kunden für die Rüstungsindustrie sind. Das ist auch der Grund, warum der saudische Innenminister und Kronprinz, ein Massenmörder, jetzt mit dem französischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde. Es geht ums Geschäft ... das Geschäft mit dem Tod!!!

Man kann gar nicht so viel kotzen wie man möchte ... von wegen europäische Werte. Die Ehrenlegion hat mit Ehre gar nichts zu tun, genau wie der Friedensnobelpreis nichts mit Frieden zu tun hat. Im Gegenteil, damit werden die grössten Kriegshetzter belohnt, wie Barack Hussein Obama oder die Europäische Union. 2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa ausgezeichnet. Das war ja wohl die grösste Frechheit und Verarsche überhaupt.

Schon den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien vergessen? Und dann, welchen Frieden erleben die Afghanen, die Iraker, Libyer und Syrer? Oder was ist mit dem gewaltsamen, von der EU gesponserten Putsch in der Ukraine und dem Krieg in Donbass? Welche Demokratie erleben die Griechen, die völlig entmündigt sind, wo Wahlen keine Wirkung haben und sie von der Troika regiert werden? Welche Versöhnung? Wo doch wegen der selbst verursachten Flüchtlingskrise in der ganzen EU der Streit und die Konflikte ausgebrochen sind!

Welche Verdienste, ausgezeichnete Talente und grosse Tugenden hat denn Kronprinz Mohammed bin Nayef zu in seiner Biographie zu verzeichnen, die im Namen Frankreichs belohnt werden müssen? Das Verdienst, Tausende Menschen hingerichtet zu haben? Das Talent, die mörderischen Terrorgruppen zu finanzieren? Die Tugend, Kriege gegen die Zivilbevölkerung der Nachbarländer zu führen?

Nur als Beispiel, saudische Kampfjets unternahmen am Dienstag eine Reihe von Luftangriffen gegen einen belebten Marktplatz in der Provinz Hajjah in Jemen, und Vertreter der UNO stellten eine endgültige Zahl der Toten bei diesem Vorfall fest und sagten, dass 119 Zivilisten getötet worden sind. Das ist es ganz sicher wert, vom Westen mit einem Orden ausgezeichnet zu werden!

Menschen zu töten ist verboten, ausser man macht es in grossen Mengen unter einer Flagge, dann bekommt man als Auszeichnung einen Orden dafür.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/03/massemorder-bekommt-hochsten-orden.html>

Der Spionagechef der Freien Syrischen Armee hat im Interview mit der französischen Tageszeitung «Le Monde» eingeräumt, dass seine Agenten seit deren Erscheinen Geheimdienstinformationen über die Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) sammelten. Der US-Auslandsgeheimdienst CIA habe die Informationen, die dabei helfen sollten, den IS zu zerstören oder seine Entwicklung empfindlich zu bremsen, jedoch ignoriert.

Der Geheimdienstchef der oppositionellen «Freien Syrischen Armee» mit dem Codenamen «M» gab der französischen Tageszeitung «Le Monde» ein exklusives Interview. Das Gespräch bringt brisante Informationen hinsichtlich der fragwürdigen US-Politik gegen die Terrormiliz «Islamischer Staat» (Anm. Islamistischer Staat) zutage. «M» erklärte, dass er seit über zwei Jahren «sehr detaillierte Berichte» über den IS an die CIA übermittelt. Die Informationen basieren auf Erkenntnissen seiner Agenten, die den IS aus nächster Nähe beobachten. Die Spionageergebnisse ermöglichen detaillierte Einblicke in die Macht- und Operationszentren des IS in Syrien, aber auch im Irak. Zu den an die CIA übermittelten Daten gehörten demzufolge GPS-Koordinaten, Karten, Fotografien, Telefonnummern und sogar IP-Adressen, behauptete der FSA-Führer:

«Von dem Moment an, als der IS gerade einmal 20 Mitglieder hatte, bis zu dem Zeitpunkt, als er 20 000 Kämpfer in seinen Reihen hatte, dokumentierten wir für die Amerikaner alles. Wenn wir sie fragten, was sie mit diesen Informationen machten, gaben sie stets ausweichende Antworten, von wegen, dies liege in den Händen der Entscheidungsträger.»

Der französischen Tageszeitung zufolge wurde der FSA-Geheimdienstvorsitzende «im Ausland trainiert». Er selbst soll bis zu 30 vertrauenswürdige Männer ausgewählt haben, die in vom IS gehaltene Städte eingeschleust wurden, darunter Rakka, el-Bab, Tel Abyad und andere.

Um die umfangreichen Operationen zu finanzieren, forderte der Spionagechef 30 000 US-Dollar monatlich von den US-Amerikanern an. Seinen Angaben zufolge erhielten die Syrer für ihre Agententätigkeit jedoch lediglich 10 000 US-Dollar im Monat.



FSA-Kämpfer bei einer Lagebesprechung in der Scheich Said-Nachbarschaft der Provinzhauptstadt Aleppo.

So soll einer der bedeutendsten Agenten von «M» ein Maulwurf in der IS-Finanzabteilung der Stadt Manbidsch unweit der türkischen Grenze gewesen sein. Ein Report von ihm, der von «Le Monde» eingesehen wurde, beschreibt die Zahlung eines ehemaligen Parlamentsabgeordneten, der Ridvan Habib heißen soll, an seinen Bruder Ali – einen «Emir» des IS – in Maskanah der Provinz Aleppo.

FSA-Agenten und Informanten führten in den letzten Jahren verschiedenste Operationen durch, darunter

auch oft riskante Manöver. «Meine Agenten schafften es auch, Telefonnummern von IS-Beamten zu bekommen, Seriennummern ihrer Satellitenausrüstung und IP-Adressen. Aber auch in diesem Fall gab es keine Reaktion», beschuldigte er die US-Seite der Untätigkeit.

Ein anderes von «Le Monde» eingesehenes FSA-Dokument umfasst einen detaillierten Plan zur Vertreibung der IS-Terrormiliz aus der bedeutenden nordsyrischen Provinz Aleppo. Die Offensive hätte 2014 beginnen sollen. Die USA forderten jedoch vielfach die Aufschiebung der Angriffe, bis die Offensive schliesslich aufgegeben wurde.

Die sogenannte Freie Syrische Armee wurde im Juli 2011 von einer Gruppe von Deserteuren der syrischen Armee gegründet. Die Gruppe erhielt substanzelle Militärhilfen von den USA, von Grossbritannien und anderen Staaten für ihre al-Assad-feindliche militärische Positionierung im Bürgerkrieg.

Spätestes seit Juni 2012 führt der US-Geheimdienst CIA zudem verdeckte Operationen entlang der türkisch-syrischen Grenze durch. Dies geht aus einem Bericht des «Wall Street Journal» hervor. Der Auslandsgeheimdienst soll Rebellengruppen verschiedene Formen der militärischen Hilfen zugänglich gemacht haben. CIA-Agenten halfen demnach Oppositionskräften, Versorgungswege aufzubauen, es fand Kommunikationstraining statt und Agenten verteilten Sturmgewehre, Raketenwerfer und andere Waffensysteme.

In den Jahren 2013 und 2014 hat die CIA in Erwartung des Sturzes Baschar al-Assads «moderate» syrische Oppositionelle in Militärbasen jordanischer Spezialeinheiten ausgebildet. Im Jahr 2015 soll Washington die meisten ihrer Programme zur Ausbildung und Ausrüstung syrischer Rebellen eingestellt haben.

Andere geheime Programme von Langley mit Blick auf die Lage in Syrien sollen einem Bericht der «Washington Post» zufolge immer noch laufen.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/37327-fsa-chef-packt-aus-usa/>

Es wird Zeit, dass sich das ändert!

Posted on March 19, 2016 by admin

Wir werden bewusst verblödet und von wirklich wichtigen Themen abgelenkt, damit man uns auch in Zukunft leicht steuern kann! Es wird Zeit, dass sich das ändert ... !

Die Volksverhetzung hat ein übergeordnetes Ziel



Frauke Petry sorgte mit ihrer «angeblichen» Äusserung über den Schusswaffengebrauch an der deutschen Grenze für Empörung. Tatsächlich handelt es sich beim «Schiessbefehl von Petry» um eine Medien-Kampagne, die klar aufzeigt, wie es in den Medien möglich ist zu lügen, ohne die Unwahrheit zu sagen.



Bild: Soros – der Menschenfreund und unheimliche Strippenzieher

Über den «Open Society Fund» finanziert George Soros Initiativen, die dem Ziel der «Offenen Gesellschaft», (These von Professor Karl R. Popper), dienlich erscheinen.



Die scharfzüngige Professorin Gertrud Höhler sieht in Angela Merkel eine Person, die einen mafiotischen Virus in die Bundesrepublik getragen hat, welcher den Rechtsstaat und die Demokratie von innen zerstört. Sie nennt sie eine «politische Heuschrecke» ...

State» und somit rapide an Leistungsfähigkeit verlieren – zum Wohl und Nutzen der supranationalen Platz -

Mit dem Einzug der AfD in gleich drei Landesparlamente hat die schein-demokratische Landschaft einen neuen Prügelknaben, der sich hervorragend zur Ablenkung vom Wesentlichen eignet.

Ich habe schon mehrfach erwähnt, dass der rot/grüne Strassenmob ungefähr so intelligent wie ein Meter Feldweg und daher leicht zu beeinflussen ist. Vordergründig geht es gegen rechts. Aber wenn man sich die rot/grünen Strukturen und ihre Gönner genauer betrachtet fällt auf, dass diese so gar nicht in die veröffentlichte rot/grüne Meinungslandschaft passen.

Anfangen mit der von Soros unterstützen Invasionswelle, bis hin zu ProAsyl und der dubiosen Amadeu Antonio Stiftung, die sich übrigens alle pro-humanistisch darstellen, zählen neuerdings auch reaktivierte alt-kommunistische Strukturen zu den Netzwerken, die sich scheinbar gegen «rechts» wenden. Hier arbeiten «Klassenfeind» und politisch links präsentierte Kräfte Hand in Hand und das sollte schon mal nachdenklich stimmen. In dieses Bild passt auch die Agenda Merkels, die niemand so recht kennt, außer sie und ihre Auftraggeber. Merkel hat jahrelang überhaupt keine Politik gemacht. Sie hat durch Unentschlossenheit geglänzt und sich dafür von den Qualitätslügenmedien feiern lassen.

Aber seitdem Merkel ins aktive Politbusiness eingreift (die Energiewende war ja nur der Anfang), produziert sie nur Gülle in Hülle und Fülle. Mit einer unbedeutenden Äusserung, die weder Einladung zum Gesetzesbruch noch zur Masseneinwanderung ist (Asyl kennt keine Obergrenze), hat Merkel einen Stein ins Rollen gebracht, der vorher wohl platziert wurde. Seitdem verhärten sich die Fronten in der Bevölkerung und das kann Merkel nur Recht sein. Immerhin steht die Ratifizierung von TTIP auf dem Speiseplan, eine Kost, die sowohl Linke, Rechte und die bürgerliche Mitte verachten. Die Volksverhetzung kommt der Kanzlerdarstellerin entweder sehr gelegen oder sie wusste um die Konsequenzen ihrer «Politik».

Die Bevölkerung dürfte jetzt zu beschäftigt mit anderen Problemen sein, als dass sie sich um die kriminellen Machenschaften der Politkaste im Verbund mit supranationalen Gangsterbanden kümmern könnte. Die Linken werden nicht zusammen mit vermeintlich «Rechten» gegen TTIP auf die Strasse gehen und wenn die Verträge erst einmal unterzeichnet sind, wird so langsam das Chaos zwischen den unterschiedlichen Ethnien geschürt. Die BRD wird dann zum «Failed State» und somit rapide an Leistungsfähigkeit verlieren – zum Wohl und Nutzen der supranationalen Platz -

hirsche. Das wird das einstweilige Ende des europäischen Traums, der BRD und aller libertären Bemühungen sein.

Quelle: <http://marialourdesblog.com/die-volksverhetzung-hat-ein-ubergeordnetes-ziel/>

Anstatt der Flüchtlinge integriert die EU lieber die Fluchtursachen

21.03.2016 • 13:32 Uhr



Quelle: Reuters

Angela Merkel macht David Cameron und François Hollande die Ansage, Brüssel, 18. März 2016.

Auf dem EU-Gipfel zum Thema Flucht belohnen die EU-Staaten den Terrorpaten Türkei. Sie ignorieren die Flucht-Verursacher. Und Angela Merkel vergisst, dass es auch andere gewählte Staatschefs in Europa gibt. Statt der Flüchtlinge will die EU scheinbar die Fluchtursachen integrieren.

Die in Europa ankommenden Flüchtlinge hätten eine Gelegenheit sein können, die europäische Aussenpolitik neu aufzustellen. Oder zumindest festzuhalten, dass es eine gemeinsame europäische Aussenpolitik nicht gibt, und es höchste Zeit ist, das zu ändern. Schliesslich verwandelt Flucht ein Problem der internationalen Politik in eine innenpolitische

Frage. Die Folgen der internationalen Politik spalten die Länder in der Europäischen Union, sie vertiefen die politischen und sozialen Konflikte innerhalb der einzelnen EU-Staaten.

Eine naheliegende Konsequenz bestünde darin, sich mit den Ursachen der Flucht aus Syrien und Libyen zu beschäftigen. Auch bei Afghanistan und Pakistan müsste nicht erst der BND beauftragt werden, um herauszufinden, was wohl die Ursache dafür ist, dass zunehmend mehr Menschen aus diesen Ländern an den Aussen-grenzen der EU stranden. Zweitens drängt sich geradezu auf, dass diesbezügliche Entscheidungen sorgfältig unter den EU28 abgestimmt werden sollten, um eine weitere Spaltung der Union zu vermeiden. Und auch die politische Vermittlung innerhalb der Länder, an die Bevölkerung, welche am Ende diesen indirekten Teil der Kriegskosten übernimmt, wäre wohl angeraten.

Schauen wir unter diesen Prämissen auf den EU-Gipfel vom Wochenende, bleibt nur festzustellen: Die skandalöse Unfähigkeit der europäischen Politik setzt sich ungebremst fort. Anstatt der Flüchtlinge integriert die EU nun die Fluchtursachen. Plötzlich wird die AKP-Regierung in Ankara als Partner entdeckt. Und Angela Merkel agiert, als ob es keine andere demokratisch gewählte Regierung in Europa gäbe. Die Zerstörung Syriens, der Heimat von Millionen Menschen, die sich auf der Flucht befinden, und früher oder später nach Europa kommen werden, ist überhaupt kein Thema. Stattdessen werden polizeiliche Massnahmen an die Türkei delegiert.

Ursachen und Verursacher

Doch der Reihe nach: Barack Obama erzählt zurzeit gerne Details darüber, wie die Katastrophe ihren Anfang nahm. Zunächst war da ein europäischer Regierender namens David Cameron, der die US-Aussenpolitik genötigt hat, das nordafrikanische Land Libyen anzugreifen. Seiner Darstellung nach, und die ist durchaus glaubwürdig, waren es Grossbritannien und später Frankreich, die unbedingt in Libyen militärisch eingreifen wollten.

Als es jedoch darum ging, eine Neuordnung zu gestalten, da war Grossbritanniens Regierungschef abgetaucht. Das gleiche Spiel lief danach noch einmal mit Syrien. Frankreich, Grossbritannien, die Golfstaaten und die Türkei konnten gar nicht genug Söldner und Militärs nach Syrien schicken. Auch das US-Aussenministerium und die CIA machten Druck auf das Weisse Haus, endlich in Syrien einzumarschieren. Und vorneweg natürlich ein europäischer Regierungschef: David Cameron wollte Obama zwingen, einen Vorfall mit Giftgas in Syrien zum Anlass für einen Krieg gegen die Regierung Assad zu nehmen.

Inzwischen sind das Land und seine wundervollen historischen Städte zerstört. Seit Wochen hält ein fragiler Waffenstillstand. Wäre jetzt der Zeitpunkt, massiv den Wiederaufbau zu beginnen? Kliniken, Schulen und

Infrastrukturen aufzubauen, damit die Ingenieure und Mediziner aus Syrien, die in der EU Sozialhilfe beantragt haben, zurück in ihr Land kommen können? Nicht, wenn man Angela Merkel folgt. Sie verspricht der islamischen AKP-Regierung von Präsident Erdogan viel Geld, Visaerleichterungen und beschleunigte Beitrittsverhandlungen zur EU.

Das verspricht sie einer Regierung, die wie kaum eine andere für die Zerstörung Syriens verantwortlich ist. Und die keinen Zweifel daran lässt, dass sie von ihrer verbrecherischen völkerrechtswidrigen Politik auch erst ablässt, wenn die legitime Regierung des Nachbarlandes endgültig gestürzt ist. Und die deutsche Bundeskanzlerin konsultiert sich nicht mit Frankreich oder anderen grossen EU-Staaten.

Oskar Lafontaine spricht von einem Abkommen mit dem «Terrorpaten Erdogan». Er beschreibt die Reaktion in Paris auf die deutschen Alleingänge als «verheerend»:

«Merkel hat hinter dem Rücken Frankreichs und der Europäer agiert – das wirft ein wirkliches Problem auf» lesen wir im konservativen *Le Figaro*. Im Elysee ist von «schlichtem Verrat» die Rede. In Frankreich mehren sich die Stimmen, der «deutschen Vorherrschaft» im Bündnis mit anderen westeuropäischen Staaten entgegenzutreten. Anstatt sich über moralische Haltungen zu den Flüchtlingen zu zanken, sollte sich die Politik der EU-Staaten lieber dem Thema Flucht zuwenden. Natürlich sind alle dafür, dass man Flüchtlinge respektvoll behandelt, ihnen Schutz bietet, sie aufnimmt. Die Europäer sollten jedoch aufhören, Flucht und Vertreibung respektvoll zu behandeln. Ein erster Schritt wäre es, die Golfstaaten und die Türkei zu zwingen, ihre Söldner abzuziehen. Ein weiterer könnte es sein, dass Frankreich, Grossbritannien, die USA, Türkei und die Golfstaaten finanziell für den Wiederaufbau heranzuziehen. Und zwar mindestens in der Höhe ihrer bisherigen Kriegsausgaben. Merkel zerstört Europa. Ohne eine enge Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin fällt Europa auseinander. Das wussten ...

Posted by Oskar Lafontaine on Freitag, 18. März 2016

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/37403-syrien-libyen-und-europaische-union/>

Merkels historischer Fehler im Flüchtlingsthema

Posted on March 22, 2016 by admin

Bundeskanzlerin Angela Merkel beging im Thema der Flüchtlinge und Immigranten mit ihrer anfänglichen Willkommenspolitik einen historischen Fehler.



EU-Türkei-Gipfel: Das Fazit des Tages sei, «dass Europa es schaffen wird», in der Flüchtlingskrise zu bestehen und dabei Lasten zu teilen – und ausserdem den Flüchtlingen zu helfen, meinte Merkel!

*Bild: Angela Merkel mit dem griechischen Premier Alexis Tsipras.
Bildquelle: FRANCOIS LENOIR*

Vor einem Jahr war Angela Merkel unbestritten die mächtigste Politikerin Europas, und zwar nicht nur auf Basis ihrer langen Präsenz als Deutschlands Kanzlerin, sondern auch der wirtschaftlichen Macht ihres Landes. Ihr Einfluss reichte über die Grenzen Deutschlands hinaus: Damit irgend etwas Ernsthaftes in der EU geschieht, musste Frau Merkel zustimmen. Mit einer fatalen Entscheidung brachte sie jedoch sowohl ihre Position als auch ihren Ruf in Gefahr. Ihre Einladung an die Flüchtlinge und Immigranten im vergangenen Sommer, nach Deutschland zu kommen, hat unbestritten ihre Regierung untergraben und – wahrscheinlich endgültig – dem Zusammenhalt der EU geschadet.

Flüchtlingskrise veränderte die politische Landschaft Europas

Die Ergebnisse der Landtagswahlen des vergangenen Sonntags in Deutschland sind ein erstes Anzeichen. Sie stellen keine klare Ablehnung der Migrationspolitik der Frau Merkel dar, da diverse Zentrumsparteien gute Ergebnisse erzielten und die meisten Stimmen an Parteien gingen, welche die Tangierung der Kanzlerin stützten. Der Erfolg der immigranten-

feindlichen Partei der Alternative für Deutschland (AfD), einer vormals im rechten Zentrum angesiedelten und inzwischen mit unangenehmeren Elementen angereicherten Bewegung, zeigt jedoch auf, dass eine zunehmende Anzahl von Wählern nicht mehr der Weise vertraut, auf welche die Flüchtlingskrise gehandhabt wird.

Das hat die europäische politische Landschaft verändert und präsentiert ein problematisches Szenarium für die Kampagne des David Cameron, der in diesem Moment das Vereinigte Königreich in der EU zu halten versucht, und zwar speziell, während ein Drittel der unentschlossenen Wähler vertreten, der grösste Grund, aus dem sie den Verbleib in der Union zu unterstützen zögern, ihre Beunruhigung über die Immigration sei.

Die Flüchtlinge willkommen heisend ermutigte Frau Merkel eine Bewegung von Menschen nach Europa, die ihr Land nicht aufzunehmen bereit ist. Jetzt beharrt sie darauf, eine Anzahl von Ländern, die in dem Thema keine Mitsprache hatten, sollen Immigranten aufnehmen, die sie gar nicht wollen.



Jeder neue Zuwanderer bringt der Asyl-Industrie Gewinn. Wer die Zustände bei der Asylpolitik verstehen will, der kommt um unbequeme Fakten nicht herum ...!

Im «Atlas der Wut», erfahren Sie in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet ...!

hindern begannen, Boote zu besteigen – was sie schon lange vorher getan haben müssten. Trotz der Versprechungen bezüglich einer proportionalen Umsiedlung bleiben jedoch Tausende Menschen eingeschlossen.

Vielleicht vermag Frau Merkel diese Krise zu kippen. Wenn jedoch die Aura ihrer Vorherrschaft erloschen ist, hat sie dies niemand anderem als sich selbst zuzuschreiben.

(Quelle: sofokleous10.gr gefunden beim GriechenlandBlog)

Quelle: <http://marialourdesblog.com/merkels-historischer-fehler-im-fluechtingsthema/>

Flüchtlingsproblem führt zu Zugeständnissen an die Türkei

Zusätzlich hat die Krise zu Zugeständnissen an die Türkei geführt, aus der die meisten Immigranten kommen und viele Europäer beunruhigt haben. Die Türken werden nicht nur ohne Visum in der Schengen-Zone reisen können und sechs Milliarden Euro erhalten, um sich um die syrischen Flüchtlinge zu kümmern, sondern die EU wird auch den Antrag Ankaras auf Eingliederung in die EU beschleunigen – auch wenn niemand damit rechnet, dass dieser Antrag Erfolg haben wird.

Es gibt tatsächlich Anzeichen, dass die Anzahl derer, die über das Meer nach Griechenland zu gelangen versuchen, ab dem Moment zu sinken begann, wo die türkischen Behörden die Flüchtlinge daran zu

Valls – Europa ist im Kriegszustand

Dienstag, 22. März 2016, von Freeman um 14:00

In der belgischen Hauptstadt Brüssel haben sich heute morgen mehrere Terroranschläge ereignet. Um 8:00 Uhr zwei am Flughafen und um 9:11 einer in der Metro-Station Maalbeek im Stadtzentrum. Nach aktueller Aussage des Brüsseler Bürgermeister Yvan Mayeur liegen die Opferzahlen bei etwa 34 Toten und 230 Verletzten. 14 Tote am Flughafen vor dem Check-in-Schalter und 20 in der Metro. Mayeur sprach von «einem Angriff auf unsere Werte, gegen Freiheit und Demokratie.» Der französische Premierminister Manuel Valls kommentierte die Anschläge mit den krassen Worten, «Europa ist im Kriegszustand!!!»





Ich will gar nicht über die Details dessen berichten, was heute in Brüssel passiert ist, die Medien überschlagen sich ausführlich Minute für Minute mit den neusten Meldungen. Ich schreie auch nicht ‹False Flag›. Ich will nur generell sagen: Das ist die Quittung für die Jahrzehntelange Kriegspolitik der EU und NATO, und für die dadurch verursachte Masseneinwanderung aus den Kriegsgebieten. Ja, es klingt hart, aber der Bumerang ist zurückgekommen und hat zugeschlagen.

Was in Paris im Oktober vergangenes Jahr und jetzt in Brüssel passierte, erleben die Libyer und die Syrer schon seit mehr als FÜNF Jahren. Den schrecklichsten Terror gegen die Zivilbevölkerung. Wer hat diesen Terror in die Welt gesetzt, um Muammar Gaddafi und Präsident Assad zu stürzen? JA WIR!!!

Warum wir? Weil wir nicht nur seit Jahrzehnten in Asien, im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika Kriege führen, sondern weil wir auch noch die schlimmsten Regimes an der Macht halten, die den ganzen Terror finanzieren und verbreiten, wie ich im Artikel ‹Massenmörder bekommt höchsten Orden Frankreichs› beschrieben habe.

Am Freitag hatte die belgische Polizei Salah Abdeslam festgenommen, einen der Hauptverdächtigen der Pariser Terroranschläge. Könnte seine Verhaftung mit den jetzigen Explosionen etwas zu tun haben?

Der belgische Innenminister Jan Jambon hat von einem ‹Unterstützer-Netzwerk› gesprochen, das Abdeslam lange versteckt hielt. Haben seine Mit-Terroristen sich nun dafür gerächt, dass Abdeslam festgenommen wurde?

Ja sicher, was denn sonst?

Die folgende Aufnahme aus einer Überwachungskamera am Flughafen soll drei Attentäter zeigen. Der rechts in der weissen Jacke soll auf der Flucht sein:



Das war aber nur der Anfang. Im Alten Testament steht geschrieben: «Wer Wind sät, wird Sturm ernten», oder, wer etwas Schlechtes tut, wird es um ein Vielfaches zurückgezahlt bekommen. Und weiss Gott, was hat der Westen anderen Ländern Schlechtes angetan. Klar, niemand in Europa will die Schuld für die Konsequenzen der Kriegspolitik auf sich nehmen. Schon gar nicht die Politiker, diejenigen welche die Kriege befohlen haben. Nein, sie verlangen jetzt noch schärfere Gesetze, noch mehr Polizeistaat, noch mehr Überwachung und Freiheitseinschränkung.

Und noch mehr Zensur der freien Meinungsäußerung. Siehe Frankreich, wo nach den Anschlägen von Paris der Ausnahmezustand für unbestimmte Zeit ausgerufen wurde. Deshalb hat auch Valls gesagt, nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa sei im Kriegszustand.

Die Grenze zwischen Frankreich und Belgien wurde komplett gesperrt.

Laut der Nachrichtenagentur Reuters hat sich der Islamische Staat (IS) (Anm. Islamistische Staat) zu den Terroranschlägen in Brüssel bekannt. Wer hat den IS erschaffen? Wer finanziert den IS? Wer beliefert den IS mit Waffen? Wer kauft dem IS das Öl ab? Die Antwort darauf ist die Antwort, wer für die Anschläge in Brüssel verantwortlich ist.

Ich sage jetzt, wer die Hauptverantwortliche ist. Es ist MERKEL!!! Angefangen damit: Sie hat den Krieg gegen den Irak 2003 befürwortet. Im Irak gab es unter Saddam Hussein keine Terroristen, genau wie es in Libyen mit Gaddafi keine gab und auch keine in Syrien unter Assad. Die kamen erst, als sie vom Westen für den Regimewechsel eingeschleust wurden.

Noch eine, die die Hauptverantwortung trägt, ist Hillary Clinton. In der neuesten Veröffentlichung ihrer E-Mails von 2012 durch Wikileaks geht hervor: Das Obama-Regime hat bewusst den Krieg in Syrien angefacht, als ‹bester Weg, um Israel zu helfen›. Hillary hat in ihrer mörderischen und psychopathischen Natur geschrieben, ‹es ist das Richtige› Gewalt anzuwenden und Bashar und die ganze Assad-Familie zu ermorden.

Das heisst auch, die ganze Flüchtlingskrise, einschliesslich die verdeckte Infiltration von Europa durch Terroristen, ist durch die deutsche und amerikanische Kriegspolitik verursacht. Ja, auch die deutsche, denn alle Kriege der Amerikaner gehen von deutschem Boden aus. Die Einladung von Merkel sowieso.

Verwandte Artikel:

ISIS ist zu 100% eine CIA-Operation

An Kerry – Sie haben Daesh erschaffen

ISIS wird von der US-Botschaft in Ankara gesteuert

Putin-Vertrauter warnt vor IS-Terror in Berlin: «Deutschland und Russland müssten dringend kooperieren»

Posted on März 22, 2016 9:03 pm by jolu; Epoch Times, Dienstag, 22. März 2016 19:29

Nach den Brüsseler Anschlägen warnte der russische Politiker und Putin-Mitstreiter Sergej Markow vor möglichen IS-Angriffen auf Deutschland: «Russland und Deutschland müssen dringend zusammenarbeiten, um Terroranschläge in Berlin zu verhindern», schrieb er auf Facebook.



Sergej Markow; Foto: Screenshot Facebook

Eine eindringliche Warnung an Deutschland verfasste heute nach den Anschlägen von Brüssel der russische Politiker und Putin-Mitstreiter Sergej Markow.

Hier eine Übersetzung von zwei Facebook-Posts in denen er Deutschland zur Zusammenarbeit mit Russland aufruft – unter anderem, weil er den deutschen Geheimdienst als «schwach» einstuft.

«Frankreich hat nach der Serie von Terrorakten in Paris seine Politik in keiner Weise geändert. Und Belgien hat auch in keiner Weise etwas verändert. Ich denke, dass ISIS noch in diesem Jahr eine weitere Serie von Terrorakten in einer europäischen Hauptstadt verüben wird. Wahrscheinlich – leider – in Berlin. Russland und Deutschland müssen dringend zusammenarbeiten, um Terroranschläge in Berlin zu verhindern», so Markow.

Франция никак серьезно не поменяла свою политику после серии терактов в Париже. И Бельгия никак не изменяет. Думаю, уже ...

Posted by Sergey Markov on Dienstag, 22. März 2016

Weiter nannte er eine Liste möglicher Anschlagsziele: «1. Berlin – 2. Frankfurt – 3. London – 4. Städte in der Schweiz».

Er nennt als Faktoren unter anderem die politische Bedeutung der Orte und den Umstand, dass Deutschland durch einen «schwachen Geheimdienst» verwundbarer sei als London. (Übersetzung mit Hilfe Google Translator):

«Nach den Terroranschlägen in Brüssel und Paris stellt sich die Frage, wo in der EU der nächste sein wird? Dies hängt anscheinend von ein paar wichtigen Faktoren ab. 1. Prät das Land die Politik? 2. Gibt es grosse Immigranten-Gemeinschaften, wo man sich verstecken und Terroristen rekrutieren kann? Für diese Kriterien sind geeignet 1.) Berlin, weil im führenden Land der EU; 2.) Frankfurt, weil sehr bedeutsam. Ebenso im Land der EU-Führer und europäisches Finanzzentrum – ein Ort, wo das Geld sitzt und der deshalb von Millionen Armen im Nahen Osten gehasst wird. In Deutschland kommen die Schwächen des Geheimdiensts hinzu; 3.) London. Ein Finanzzentrum und Hauptstadt eines mächtigen Staates. Hier gibt es eine Menge von Migranten. Aber starke Geheimdienste. 4.) Schweizer Städte wie Genf und Zürich. Es sind ruhige Orte, von denen aus die ganze Welt ausgeraubt wurde. Von Milliarden gehasst. Auch hier schwache Geheimdienste und eine Menge Migranten. Für mich ist es offensichtlich, dass Europa jetzt noch keine Schlussfolgerungen zieht. Aber am Ende wird Europa ein Verbündeter Russlands und die Terroristen besiegt werden.»

Теракты в Брюсселе после Парижа ставят вопрос, а где в ЕС будет следующий? Видимо, для терактов важны несколько факторов...

Posted by Sergey Markov on Dienstag, 22. März 2016

Sergej Alexandrowitsch Markow ist ein russischer Wissenschaftler und Diplomat. Laut Wikipedia ist er unter anderem Stellvertreter des Vorsitzenden des ›Öffentlichen Forums für internationale Angelegenheiten‹ und Co-Vorsitzender des Nationalen Strategischen Rates Russlands. (rf)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/putin-vertrauter-warnt-vor-is-terror-in-berlin-deutschland-und-russland-muessen-dringend-kooperieren/>

MH17: Die Schuld der Ukraine ist bestätigt – und niemanden interessiert es

Posted on März 23, 2016 7:28 am by admi



Der Abschuss von Flug MH17 war mit ein Grund für Sanktionsverschärfungen gegen Russland. Doch obwohl inzwischen bestätigt wurde, dass der Beschuss von ukrainischer Seite aus erfolgte, gibt es keine Konsequenzen. Und: Scheinbar interessiert es niemanden.

Von Marco Maier

In einer geschlossenen Anhörung bezüglich des Abschusses von Flug MH17 der Malaysia Airlines über der Ukraine, bei dem alle 298 Insassen ums Leben kamen, wurden offenbar Beweise vorgelegt, die einen

Abschuss der Maschine von jenem Territorium aus aufzeigen, welches zu diesem Zeitpunkt von ukrainischen Regierungstruppen kontrolliert wurde. Dies teilte der niederländische Parlamentsabgeordnete Pieter Omtzigt (CDA) mit.

Interessanterweise fand die Anhörung bereits vor zwei Monaten, am 22. Januar statt. Dabei erklärte der Leiter der Sonderkommission, welche für die Untersuchung des Vorfalls gegründet wurde, Harm Brouwer, den Abgeordneten die abschliessenden Erkenntnisse des Teams mit. Demnach wurde die Maschine von einer ›BUK‹-Boden-Luft-Rakete getroffen. Allerdings, so Brower, hätten zu diesem Zeitpunkt lediglich die ukrainischen Regierungstruppen funktionierende BUK-Systeme im Donbass besessen.

Interessanterweise wurden nur einzelne Seiten des Abschlussberichtes veröffentlicht, wie der ukrainische Politologe Wladimir Kornilow in einer Untersuchung feststellte. Viele Seiten wurden entweder gelöscht oder der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Hauptgrund dafür dürfte wohl sein, dass einige der Informationen die Argumentation der westlichen Agitatoren gegen Russland durcheinanderbringen würde.

Zudem müsste der Westen angesichts dieser Feststellungen damit beginnen, einige der Sanktionen gegen Russland wieder zurückzunehmen und stattdessen welche gegen die Ukraine verhängen. Doch anstatt dies zu tun, wird das Regime in Kiew weiterhin unterstützt, während Russland immer noch als Feind behandelt wird. Es wird damit auch deutlich, dass es sich hierbei um eine rein politische Angelegenheit handelt, die auf Kosten der Wahrheit – welche auch die Angehörigen der Todesopfer zu erfahren haben – gegen Russland eingesetzt wird.

<https://www.contra-magazin.com>

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/mh17-die-schuld-der-ukraine-ist-bestatigt-und-niemanden-interessiert-es/>

Warum gibt es kein Referendum über ein Dexit?

Mittwoch, 23. März 2016 , von Freeman um 08:00

Die Briten können am 23. Juni in einer Volksabstimmung entscheiden, ob Großbritannien aus der Europäischen Union austreten oder drin bleiben soll. Aus diesem möglichen Verlassen der EU ist der Begriff ›Brexit‹ entstanden, aus den Wörtern ›Britain‹ und ›Exit‹. Rechtsgrundlage eines Austritts ist Art. 50 des EU-Vertrags, der infolge des Vertrags von Lissabon erstmals den freiwilligen EU-Austritt von EU-Mitgliedsstaaten regelt. Daraus ergibt sich die berechtigte Frage, warum die Deutschen diese Wahlmöglichkeit nicht haben? Warum

dürfen sie nicht über einen Dexit abstimmen, einen deutschen Exit aus der EU? Berechtigte Gründe, der EU auf Wiedersehen zu sagen, gäbe es mehr als genug. Diesen undemokratischen, diktatorischen und kriminellen Moloch einer EUdSSR muss man verlassen, wenn man nur einen Funken an staatsbürgerlicher Verantwortung hat.



Ich höre schon die Ausreden, die jetzt von den Deutschen kommen. Wir sind kein souveräner Staat, wir sind ein besetztes Land, wir haben keine Verfassung ... Bla, Bla, Bla! Soll ich sagen, woran es liegt? Weil die Deutschen kein Rückgrat haben, weil sie Feiglinge und Untertanen sind, weil sie nur jammern können, aber nichts für ihr Land tun. Speziell die deutschen Männer sind Waschlappen, können nicht mal ihre Frauen vor sexuellen Übergriffen durch Ausländer verteidigen. Dazu, wie schwach und unterwürfig muss man sein, sich seit über 10 Jahren von einer Frau vorführen und verarschen zu lassen.

Moment, die erste Kanzlerin aller Deutschen ist ja gar kein weibliches Wesen, sie ist ein geschlechtsloses Monster im Hosenanzug. Ihre Aufgabe ist es, Deutschland zu zerstören. Ihr sogenannter Ehemann ist das typische Beispiel eines Deutschen, im Schatten stehend, unsichtbar, macht nie den Mund auf, hat keine eigene Meinung. Gibt es ihn überhaupt? Hören tut man nie was von ihm. Dazu, wie muss man sich fühlen, sich bei den Treffen der Staatsführer als ‹first man› unter die ‹first ladies› begeben zu müssen?

Ja, keine Eier in der Hose, so sieht es aus. Ich sehe keinen gestandenen Mann in Deutschland, der die Zügel in die Hand nehmen könnte, das Steuer herumreisst und die Karre vor dem Absturz in den Abgrund bewahrt. Wie beschämend ist das und was für ein Armutszeugnis, wenn viele Deutsche sich wünschen, Präsident Putin möge sie doch ‹befreien›. Gibt es unter den 40 Millionen deutschen Männern wirklich keinen, der Mumm in den Knochen hat, eine Persönlichkeit darstellt, der das Land vor der Zerstörung rettet? Muss wieder ein Ausländer kommen und die Deutschen an der Hand führen?

Am vergangenen Sonntag hat Beatrix Amelie Ehrengard Eilika von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, stellvertretende Vorsitzende der Alternative für Deutschland, seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments, der britischen Zeitung ‹Express› ein Exklusiv-Interview gegeben. Sie sagte, sie beneide die Briten, weil sie die Möglichkeit eines Referendums haben, und sie meint, Deutschland sollte das auch machen können. Sie sagte: «Ich möchte, dass jedes Mitgliedsland entscheiden kann, was am besten für es ist, und der einzige Weg es zu tun, ist ein Referendum zu haben, wie die UK.»

«Schengen ist bereits kollabiert. Unter Schengen sollten die Grenzen Europas geschützt sein. Sie sind es nicht.» «Ein Referendum ist der einzige Weg, wie die deutsche Bevölkerung echt ausdrücken kann, ob sie in der EU verbleiben will, ob sie im Euro bleiben will, ob sie die Grenzkontrollen reformiert haben will, um die Migrantenkrise lösen zu können.»

«Sie sollten eine Stimme haben. Sie müssen gefragt werden, was sie wollen.»

Dann bezog sich von Storch auf die Landtagswahlen und den ausserordentlichen Wahlerfolg der AfD:

«Unser Erfolg zeigt, dass die Menschen nicht mehr länger die Politik unserer Kanzlerin unterstützen und alle anderen Parteien, die hinter ihr stehen.»

«Wir sind die einzigen, die das Argument vorbringen, der einzige Weg für Deutschland, die Flüchtlings- und Migrantenkrise zu bekämpfen, ist unsere Grenzen zu schliessen.»

Sie wies die Behauptung zurück, die AfD sei eine extreme rechte Partei, beschrieb ihr Programm als «sozial konservativ und fiskalisch liberal».

Die Wählerschaft, sagte sie, sei in der Gruppe zwischen 18 und 40 Jahren.

«Die meisten unserer Unterstützer sind jung und gut ausgebildet», fügte sie hinzu.

«Tatsächlich sind wir schwach in den über 60-jährigen vertreten. Und das ist gut, denn wir wollen, dass unsere Unterstützer mit uns wachsen.»

Sie sagte, der Versuch, die AfD mit der anti-islamischen Pegida zu vermischen, habe versagt.

«Unsere politischen Gegner haben uns mit einer Verbindung zur Pegida schaden wollen – es ist der einfachste Weg einer politischen Partei zu schaden, speziell hier in Deutschland. Aber die Menschen haben das durchschaut.»

«Die Wahrheit ist, die regierende CDU ist so weit links, dass jeder der rechts von ihr steht sich tatsächlich in der politischen Mitte befindet. Und dort stehen wir, rechts von der Mitte.»

«Wir wollen den Menschen helfen, selbstverständlich, aber wir können sie nicht alle in Deutschland aufnehmen.»

«Was die Wirtschaftsflüchtlinge innerhalb der EU betrifft, meinen wir, die freie Bewegung von Arbeitskräften ist in Ordnung, solange die Menschen auch arbeiten. Wir meinen, sie sollten nicht nach Deutschland kommen, nur um das grosszügige Sozialsystem auszunutzen.»

«Unser Parteiprogramm für die Familie stellt uns dorthin, wo die Christdemokraten vor 10 Jahren waren – sozial konservative Werte. Wir glauben immer noch an die Idee der Familie, mit Mutter, Vater und Kindern. Leider ist das im heutigen Deutschland zu einer ausserordentlichen Einstellung geworden», sagte von Storch. Was das Ablösen der amtierenden Bundesregierung betrifft, sagte sie: «Unsere Bundestagswahlen sind 18 Monate entfernt, das ist eine lange Zeit.»

«Ich bin mir aber ziemlich sicher, die Probleme vor denen wir stehen werden bis dahin nur grösser, und wir werden sogar noch mehr Unterstützung erhalten, wenn die Menschen realisieren, dass wir die einzige Partei sind, welche Antworten auf die echten Probleme der Deutschen haben.»

Ich gebe die Aussagen aus dem Interview weiter, nicht weil ich Werbung für die AfD machen will, sondern weil über dieses Interview in den deutschen Medien nichts berichtet wurde. Die AfD wird entweder gar nicht oder falsch dargestellt. Ich sorge nur für eine gewisse Ausgewogenheit und zeige die andere Seite, die vom Establishment in Deutschland boykottiert und verschwiegen wird.

Die Antwort auf die Frage im Titel dieses Artikels «Warum gibt es kein Referendum über ein Dexit?», ist ganz einfach. Weil die Mehrheit der Deutschen zu passiv ist, weil sie sich alles gefallen lassen und nur reklamieren können aber nicht agieren. Man bekommt was man verdient, und ihr habt Merkel als Strafe für eure Passivität wahrlich verdient! NEIN? Dann tut was dagegen.

Kein Wunder ist die CDU so weit links abgedriftet und dem Internationalismus verfallen, wo Patriotismus und konservative Ideen keinen Platz mehr haben. Die Parteiführerin ist von ihrer ganzen Ausbildung und Einstellung her keine Christin, sondern eine Kommunistin, zu 100 Prozent! Nur eine Hundertprozentige durfte in der Sowjetunion studieren und nur eine absolut gehorsame Genossin durfte in den Westen zu Kongressen reisen. Ihr Wendemanöver zu einer ‹christlichen Demokratin› ist reiner Opportunismus, ist eine Show und eine Täuschung.

Wenn sie eine echte praktizierende gläubige Christin wäre, hätte sie den Kriegen gegen Afghanistan und Irak NIE zugestimmt, oder dem Krieg in Syrien. Ihre erste Amtshandlung 2005 hätte sein müssen, die Soldaten der Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Die waren sowieso illegal dort, denn ‹Deutschland am Hindukusch› zu verteidigen ist eindeutig ein Bruch des Grundgesetzes. Wenn sie eine Christin wäre, würde sie den mörderischen Saudis NICHT in den Hintern kriechen und ihnen keine Waffen liefern.

Als wirkliche Christin hätte sie Deutschland niemals zum drittgrössten Waffenexporteur der Welt gemacht, zum Exporteur des Todes! Alles was sie sagt ist scheinheiliges Geschwätz. Beurteilt sie nach ihren Taten.

Noch eine Persönlichkeit, die von den deutschen Medien falsch oder gar nicht dargestellt wird, ist der ungarische Regierungschef Viktor Orbán. Er hielt am 15. März in Budapest eine Rede zur Lage der Ungarischen Nation und zur Lage in Europa. Der Anlass war der Jahrestag der Aufstände gegen die Habsburger am 15. März 1848. Ich meine, seine Rede sollte sich jeder anhören, denn er traut sich als einer der wenigen in Europa die Wahrheit zu sagen.

In Finnland ist eine Petition zustande gekommen, deren 50 000 Unterzeichner ein Referendum über den Ausstieg aus der Eurozone unterstützen und die Rückkehr zur eigenen Währung. Das finnische Parlament hat am 10. März die Petition angenommen und wird die Durchführung einer Volksbefragung prüfen. Der Initiant der Petition ist der ehemalige finnische Aussenminister Paavo Väyrynen. Er argumentiert, die finnische Bevölkerung ‹unterstützt mehrheitlich› die Idee, den Euro aufzugeben und sich vom Diktat aus Brüssel zu befreien.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/03/warum-gibt-es-kein-referendum-uber-ein.html>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜR'S VOLK!
FREI UND UNENTGEHLICH
INSPIRIEREND



NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

S&G

Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr

HAND-EXPRESS

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 12/16 ~

INTRO

Die Zeiten wandeln sich, und mit ihnen die Menschen: Sie trauen ihren Medien, Politikern, Finanz- und Geldanlagesystemen, Bildungs- und Gesundheitswesen usw. nicht mehr.

Diese Ausgabe zeigt auf, wie recht die Menschen doch mit ihrem Misstrauen haben. Paradebeispiel ist das ins Gegenteil verfälschte ARD-Interview mit dem syrischen Präsidenten Assad.

Es ist an der Zeit, dass sich mit den Menschen auch all diese Systeme wandeln.

Die Redaktion (hm.)

ARD-Interview mit Assad – journalistische Leistung im Keller

dd. Am 1. März 2016 veröffentlichte die ARD ein Exklusivinterview, das ARD-Reporter Thomas Aders mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad führte. Chefredakteur Kai Gniffke verwies dabei auf die Kernaufgabe des Journalismus: Mit Assad zu reden, zu erfragen, wie er die Dinge sieht. Sie seien weder der Internationale Strafgerichtshof noch Interpol. Trotz diesem Eigenlob nimmt die ARD es mit der „Kernaufgabe des Journalismus“ sträflichst ungenau. Reporter Aders kommentierte Assads Aussagen: Assad gehe es darum, dass sein Regime überlebe. Deshalb führe er Krieg. In Tat und Wahrheit sagte Assad:

„Wenn das syrische Volk will, dass ich diesen Platz räume, dann habe ich das sofort und ohne Zögern zu tun.“ Fernerhin soll gemäß Reporter Aders Assad zugegeben haben, dass die Souveränität Syriens mittlerweile nicht mehr vollständig sei, eben durch die Waffenhilfe Russlands, des Iran und der libanesischen Hisbollah.“ Assad aber sagte wirklich: „Vor der Krise hielt Israel unser Land besetzt [...] Und jetzt überschreiten [...] zahlreiche Terroristen unsere Grenze, und viele Flugzeuge der Amerikaner und ihrer Alliierten verletzen unseren Luftraum. Auch hier kann man nicht von vollständiger Souveränität sprechen. [...]“ Also nicht,

wie es Aders unterstellte, sei Syriens Souveränität wegen der militärischen Hilfe aus Russland eingeschränkt, sondern wegen der Terroristen und weil die Amerikaner und ihre Alliierten den Luftraum verletzten! Kein Wunder, verlieren die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten immer mehr die Gunst ihrer Zuschauer, solange diese einerseits dem „Kern des Journalismus“ nicht nachgehen, und andererseits auch noch behaupten, sie würden es tun. [1]

„Mit dem Urteil niemals eile,
höre an zuvor erst beide Teile.“
(Lebensweisheit)

ZDF wirbt: Implantierter

Funkchip statt Bargeld

hoj. In einem äußerst propagandistischen Beitrag hat das ZDF kürzlich dafür geworben, dass die Zukunft des Zahlungsverkehrs bei implantierbaren Funk-Chips liege. In Schweden sei bereits ein Pilotprojekt zur bargeldlosen Bezahlung über solche Funk-Chips im Einsatz, schwärzte Moderator Claus Kleber.

Sollte die Bezahlung per Chip tatsächlich zum Standard werden, dann wäre der gechipte Bürger bei jeder getätigten Zahlung gerade über das verwendete Lesegerät ortbar. Nicholas Rockefeller* brachte die bedenkliche Strategie auf den Punkt: Weil es kein Bargeld mehr geben und das ganze Geld im Chip (d.h. auf dem Konto) sein werde, können Machthaber dem Bürger jeden Betrag, wann immer sie wollen, wegneh-

men. Und wenn man dagegen protestiere, können sie dessen Chip ausschalten. Dann besäße derjenige gar nichts mehr und könnte sich nicht mehr versorgen. Das sei die totale Kontrolle einer neuen Weltregierung über die Bevölkerung, so Rockefeller. Diese Aussage führte zu einer heftigen Protestwelle. – Das ZDF und ihr Moderator Claus Kleber** erweisen sich mit dem Funkchip-Werbebeitrag als mentale Wegbereiter für diese von Rockefeller beschriebene totalitäre Regierungsagenda. [2]

*US-amerikanischer Rechtsanwalt und Finanzinvestor bei diversen Unternehmen in den USA und China

**Kleber ist Mitglied der sogenannten „Atlantik-Brücke“, die als deutsche Filiale des globalistischen Eliteclubs CFR „Council on Foreign Relations“ gilt, zu welchem auch Nicholas Rockefeller gehört

Bargeld-Abschaffung:

Wie Sparer enteignet werden sollen

hkc. Das unabhängige Nachrichtenportal „StatusQuo NEWS“ berichtete am 27. Januar 2016, dass die größte norwegische Bank, die DNB Aktiengesellschaft (ASA), das□ Bargeld für ihre Kunden komplett abschaffen wird. Der Chef der DNB,□ Trond Bentesen, sagte vor Kurzem in einem Interview mit der größten Zeitung Oslos, der „Verdens Gang“, dass „Norwegen kein Bargeld braucht“. Interessant sind die Details seiner Begründung: „60 % des Bargeldes, das in Norwegen in Umlauf ist, ist außerhalb unserer Kontrolle. [...] Und ein großer Teil□ dieses Geldes liegt bei den Leuten unter der Matratze. Es ist Geld, das wir nicht sehen.“

Mit dieser Aussage gibt Bentes-

tuen einen Hinweis darauf, was hinter der von gewissen Kreisen geforderten und geplanten Bargeld-Abschaffung steckt:□ Die Banken, die wegen der Weltwirtschaftskrise unter Druck geraten sind, wollen sich den Zugriff auf die Vermögenswerte der Bankkunden sichern. Das funktioniert nur, wenn die Bankkunden das Geld in ihren Konten belassen. Seit dem 1. Januar 2016 gilt: Sollte zukünftig eine Bank in Europa zahlungsunfähig werden, wird auch der normale Kontoinhaber zum sogenannten „Bail-in“ verpflichtet. Das bedeutet, zukünftige Bankpleiten werden nicht mehr durch Steuergelder, also „Bail-outs“, abgedeckt, sondern durch die Kontoinhaber der Bank bezahlt werden („Bail-In“). [3]

Quellen: [1] www.kla.tv/7834 | <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/03/02/ard-verdreht-assad-aussagen-aus-eigenem-interview/> [2] www.kla.tv/7843 | www.youtube.com/watch?v=Fbu7YbbqZ9w&feature=Youtube | www.youtube.com/watch?v=3IDPtM3-pio [3] www.statusquo-news.de/norwegen-braucht-kein-bargeld-groesste-norwegische-bank-schafft-bargeld-ab/ | www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/glaebiger-bluten-ab-2016-1.18203595

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Der totalitäre Charakter der Gender-Agenda

hm. Viele Eltern und Lehrer hatten gegenüber der rot-grünen Regierung in Baden-Württemberg ihre berechtigte Sorge über den geplanten Gender-Bildungsplan zum Ausdruck gebracht. Kinder seien mit den zum Teil äußerst anstößigen Sexualpraktiken und unnatürlichen sexuellen Orientierungen an den Schulen überfordert und in der Entwicklung ihrer freien Persönlichkeit gehindert. Zudem verstößen die vorgesehenen mit anstößigen Sexualpraktiken und -orientierungen durchsetzten Unterrichtsmaterialien gegen gelendes Jugendschutzrecht. Noch folgenschwerer ist, dass der Bildungsplan zudem nicht

nur eine Toleranz, das heißt eine stille Duldung, dieser Praktiken einfordert, sondern deren Akzeptanz. Das bedeutet, dass jede dieser fragwürdigen Sexualpraktiken und -orientierungen als Richtschnur zu übernehmen und die eigene Ethik und Praxis abzulegen sei.

Eines wird an diesen Vorstößen zur sexuellen Umerziehung überdeutlich: Wir haben es mit einer sehr kleinen Minderheit zu tun, die in totalitärer Weise, das meint mit Zwang entgegen dem Willen des Volkes und zudem verdeckt im Verborgenen, ihre Ziele gnadenlos durchboxen will. [4]

Zika-Virus: Impfstoffkampagne statt -überprüfung

dd. Am 1.2.2016 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO wegen des Zika-Virus* den globalen Gesundheitsnotstand** ausgerufen. Dieses Virus geriet in Verdacht, bei Ungeborenen Mikrocephalie*** auszulösen. Impfkritikerin Angelika Müller und Medizin-Journalist Hans U. P. Tolzin weisen auf eine magere Beweislage hin: Gegen einen Zika-Infekt als Ursache spreche, dass seit 70 Jahren keine Erkenntnisse zu solchen Schäden vorliegen. Selbst die US-Seuchenbehörde CDC gebe zu, dass die Zika-Symptome in der Regel mild seien und nur selten zu Klinikaufenthalten führen. Ein anderer möglicher Zusammenhang für die Ursache der Schädelfehlbildungen werde verschwiegen: Im Oktober 2014 habe nämlich das Gesundheitsministerium von Brasilien bekannt gegeben, dass man die Impfung Schwangerer

gegen Tetanus, Diphtherie und Keuchhusten (Tdap) in den Impfkalender aufnehmen werde. Verabreicht werde dabei Boostrix, ein für Schwangere nicht getesterter Impfstoff des britischen Herstellers GlaxoSmithKline (GSK). Das Auftreten der Missbildungen an Neugeborenen begann im Mai 2015. Hauptverdächtiger Auslöser sei deshalb der klinisch nicht geprüfte Impfstoff. Dennoch wurde nicht der Startschuss zur Überprüfung des Impfstoffs gegeben, sondern eine neue Impfstoffkampagne gegen das bisher harmlose Zika-Virus gestartet. [6]

* soll durch Stiche spezieller Arten von Stechmücken übertragen werden

** Staaten können aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen

*** eine Schädelfehlbildung (extrem kleiner Schädel und kleines Gehirn)

„Wir müssen realisieren, dass der primäre Zweck der modernen kommerzialisierten Medizin-Wissenschaft nicht ist, die Gesundheit der Patienten zu maximieren, sondern den Profit.“

Dr. John Abramson von der Harvard Medical School

Die Selbstzweck-Prinzipien von Bündnis 90 / Die Grünen

enm. Besorgt über die Versuche, Kinder durch anstößige Sexualpraktiken und widernatürliche sexuelle Orientierungen an den Schulen zu missbrauchen, gingen vermehrt Bürger auf die Straße. So auch bei der DEMO FÜR ALLE. Um die Gegner des umstrittenen Bildungsplanes in Baden-Württemberg zu diskreditieren, twitterte die Fraktion der baden-württembergischen Grünen ein „Nazi“-Foto von angeblichen DEMO FÜR ALLE-Teilnehmern. Darauf zu sehen sind mehrere grölende glatzköpfige Männer mit Fahnen und Schildern der DEMO FÜR ALLE. Wie sich später herausstellte, handelt es sich bei diesem Foto um eine üble Fotomontage. Das Originalbild zeigt niederländische Rechtsextremisten auf einer Demo. Die falschen Fahnen und Schilder wurden hineinmontiert.

Für ihre Verunglimpfung der friedlichen Demo-Teilnehmer haben Die Grünen jedoch nach wie vor kein Wort des Bedauerns; genauso wenig wie für die massive Gewalt und Aggressivität, der sich die friedlich Demonstrierenden und die Polizei durch Gegendemonstranten ausgesetzt sahen. Bis heute hat sich weder die Fraktion der Grünen noch ihr Parteivorsitzender Winfried Kretschmann von der Antifa und sonstigen gewaltbereiten Anti-DEMO FÜR ALLE-Gruppen distanziert. Das vom Bündnis 90/Die Grünen vollmundig proklamierte Prinzip „Wir wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ wirkt als bloßer Deckmantel, um Andersdenkende mundtot zu machen und selbst genau das Gegenteil zu tun, bis hin zu roher Gewalt. [5]



Schlusspunkt •

„Wir warten unser Leben lang auf den außergewöhnlichen Menschen, statt die gewöhnlichen um uns her in solche zu verwandeln.“

Hans Urs von Balthasar (1905–1988),
Schweizer kath. Theologe, Wissenschaftler u. Verleger

**Das unermüdliche Weiterreichen der S&G
hat in sich diese verwandelnde Kraft.**

Die Redaktion (hm.)

Quellen: [4] www.besorgte-eltern.net/pdf/broschüre/broschüre_wurzeln/BE_Verborgene-Wurzeln_A5_v02.pdf | <https://demofueralle.wordpress.com/2016/02/23/heimliche-verabschiedung-des-bildungsplans/> [5] <https://demofueralle.wordpress.com/2016/02/29/grünen-fraktion-diskreditiert-demo-fuer-alle-mit-gefakten-nazi-foto/> | <https://demofueralle.wordpress.com/2016/03/02/halbherzige-antwort-der-grünen-fraktion-auf-schreiben-von-demo-fuer-alle-ein-kommentar-von-hedwig-v-beveroeide/> [6] www.presseportal.de/blaulicht/pm/110977/3263318 [6] www.kla.tv/7636 | <http://info.kopp-verlag.de/medizin-und-gesundheit/was-aerzte-ihnen-nicht-erzaehlen/hans-u-p-tolzin-und-angelika-mueller-brasilien-die-wahren-ursachen-der-neugeborenen-mikrocephalie-sind-offensichtlich.html>

**Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter
SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!**

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 18.3.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein

Analyse von Willy Wimmer: Berlin gehört «auf die Couch»

21.03.2016 • 16:58 Uhr



Quelle: Sputnik; Willy Wimmer, Staatssekretär a.D.

Die vergangenen Landtagswahlen sorgen für ein politisches Erdbeben. Staatssekretär a.D. Willy Wimmer beleuchtet die Hintergründe des Wahlausgangs. Er fragt, wie die innenpolitische Verfasstheit der Republik mit der kriegerischen Außenpolitik der USA zusammenhängt. «Der von den Vereinigten Staaten zu verantwortende ‹Todesstreifen› zwischen Kabul und Timbuktu lässt die betroffenen Menschen in das europäische ‹Herz der Finsternis› fliehen.»

Die Menschen im Land treibt eine Frage um: Was kann getan werden, um den erkennbaren politischen Irrsinn zu stoppen und eine normale staatliche Politik

im Inneren und Äusseren wieder herzustellen? Die Antwort darauf ist schwierig bis unmöglich. Mit grosser Wahrscheinlichkeit gibt es keine zufriedenstellende Antwort. Die Umfragen, die den täglichen politischen Betrieb steuern, scheinen auf einem anderen Stern erhoben zu werden. Wenn im Freundes- und Bekanntenkreis darüber gesprochen wird, sieht das alles anders aus.

Wahlen bringen es auch nicht, wenn die politisch Verantwortlichen sich breitbeinig hinstellen und nur ihre Ignoranz manifestieren. Dabei geben die Wahlen noch die verlässlichste Antwort auf alle Fragen. Lösungen sind damit aber keinesfalls verbunden. Grosse Koalitionen, für Notfälle gedacht, können kaum noch Regierungen tragen. Dafür ist der rasante Niedergang der ehemals so stolzen Sozialdemokratischen Partei verantwortlich. Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sind für die SPD der direkte Weg in die Marginalisierung und die Bedeutungslosigkeit. Für die SPD drohen überall «bayrische Verhältnisse».

Die CDU kann sich auf dem absehbaren Schicksal der SPD nicht ausruhen oder gar mit Häme den weiteren Weg der SPD verfolgen. Dafür gibt es keinen Grund, denn im Staatsinteresse muss die CDU sehen, wie sehr sie auf die SPD für den Fall der Fälle angewiesen ist. Außerdem hängt ihr die AfD in ganz anderer Weise an den Fersen. Bislang waren konservative Parteigründungen mit Hinweisen auf «SS-Vergangenheiten» hinreichend schnell und nachhaltig zu diskreditieren.

Wenn man sich die AfD heute ansieht, dann stellt man zweierlei fest. Ein Wählerpotential, das die bisherige Linkspartei ebenso umfasst wie Nicht-Wähler oder Anhänger der CDU oder der SPD. Ein Blick auf das westdeutsche Führungspersonal macht deutlich, dass es sich um respektable «Freunde» handelt, vor allem aus der ehemaligen CDU auf der Ebene von städtischen oder ländlichen Strukturen.

An Verhetzungspotential mit Hilfe der Zensurpresse ist da kaum zu denken. Soweit Führungspersonal aus den ostdeutschen Ländern bei der AfD eine Rolle spielt, ist das oftmals jenseits jeder Gewöhnungsfähigkeit und als problematisch anzusehen, weil deren Äusserungen so sind, wie sie sind. Natürlich kommt es jetzt darauf an, was diese «Aufwindpartei» jetzt aus der erstaunlichen Wählerunterstützung macht.

Warum soll sie sich nicht selbst «Beine stellen», wie andere das auch geschafft haben? Gewiss ist das nicht und hierin liegt für die CDU die grösste Gefahr. Die AfD erweckt den Eindruck, dass die Menschen ungehindert ihre Belange ansprechen können. Genau das, was in der Merkel-CDU bis in den letzten Kreisverband abgestellt zu sein scheint.

Demokratie und nicht «Volksdemokratie» lebt aber von dem bewussten Staatsbürger, der heute sofort «nach Berlin verpfiffen wird», wenn er vor Ort seinen Mund aufmacht. Alles könnte sich zu einer Gefahr für Frau Dr. Merkel entwickeln und deshalb wird sofort «scharf geschossen». Der letzte Parteitag in Karlsruhe im Dezember 2015 hätte genau so gut in einer Volksdemokratie wie in den USA stattfinden können. Regie war alles. Dabei stören Staatsbürger, die es aber zu Hauf in Deutschland gibt. Sie werden in der AfD eine ihnen zustehende Perspektive finden.

Da rollt etwas auf die CDU zu, das mehr als einen gesundbetenden Generalsekretär verlangt. Ohne eine Emanzipation der CDU von ihrer Parteivorsitzenden wird die Operation nicht gelingen. Dann ist aber der weitere Weg absehbar.

Schon wieder ist es Berlin, und es ist nicht gut so

Um erst gar keine Nostalgie aufkommen zu lassen: Bonn wäre kaum anders. Das «alte Bonn» hatte den «Hauch und Charme» eines fähigen Staates. Man hätte im Traum nicht daran gedacht, dass ein Bonner Ministerium in

deutscher Staatstradition nicht in der Lage gewesen wäre, jeden Gesetzentwurf fürs Parlament auf den Weg zu bringen. Für die Staatsbürger war das die Gewissheit der demokratischen Verantwortlichkeit des Staates und ihrer eigenen Einwirkungsmöglichkeit.

So etwas gibt es heute noch in Bayern, weil bayrische Staatlichkeit in Deutschland von besonderer Qualität ist. Ohne die bayrische Staatsverwaltung wäre auch Bonn nicht in der Lage gewesen, die Dinge ordentlich zu erledigen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ging ein Tsunami über Westeuropa, und dieser Umsturz hatte einen Namen: «Shareholder value» bestimmte fortan das US-amerikanische Interesse an Westeuropa und nicht mehr die «soziale Marktwirtschaft». Das hatte den «schlanken Staat» zur Folge und die Unterordnung Westeuropas und dann bis zur russischen Grenze unter die Interessen von «Corporate America».

Man muss sich nur den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf vor Augen führen, und die US-amerikanischen Stimmen auffangen, die die dortige Demokratie in Scherben sehen. Bei uns ist das nicht anders. Da muss man nicht wie das Kaninchen auf die Schlange TTIP starren. Das ist das Ende der parlamentarischen Demokratie und dazu reicht schon der von Vizekanzler Gabriel ins Gespräch gebrachte internationale Handelserichtshof.

Denn auch der wird die Gewinn-Erwartungspläne der US-amerikanischen Globalunternehmen zum Massstab über den Volkswillen setzen. Vielleicht erschöpft sich auch in diesem Umstand die Rolle des deutschen Vizekanzlers in Anbetracht der Dinge, die bei der näheren Betrachtung des Grossraumes Hannover ins Auge fallen.

In Berlin treffen uns die Entwicklungen mit aller Wucht

Der Staat, der nach seinem Umzug von Bonn in Berlin angekommen ist, ist nun einmal von ganz anderer Qualität als das, was in Bonn den Umzugskartons anvertraut worden war. Es war nicht der Umzug nach Berlin alleine. Gleichzeitig wurden Kompetenzen des deutschen Staates nach Brüssel abgegeben, die dort nie angekommen sind, weil sie zuvor von Lobbygruppen jedweder Couleur im Stile Washingtons abgefangen worden sind.

Nicht der deutsche Staatsbürger sondern die Washingtoner Think Tanks und NGO's waren der Massstab. Bei der Bankenpleite im Stile Lehman Brothers wurde schlagartig klar, dass selbst das stolze deutsche Finanzministerium auf US-amerikanischen Anwaltskräften laufen musste. Schlimmer kann ein Staat nicht abgewrackt werden. Das ist das heutige Berlin, das wie ein Raumschiff über dem Lande schwebt und sich in dieser Rolle auch noch gefällt.

Nicht auszuschliessen ist, dass wegen des inneren Eingeständnisses darüber, wie prekär die eigene Lage ist, auch das durch nichts auf russischer Seite gerechtfertigte massive Vorgehen gegenüber Moskau zu erklären sein dürfte.

Russland unter Präsident Putin macht deutlich, dass es einen handlungsfähigen Staat durchaus auch heute noch geben kann, unbeschadet der eigenen Zurückhaltung, was die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates anbetrifft. Aber genau dieser Blick auf Moskau macht für Berlin und damit für Deutschland deutlich, dass über unser Schicksal eher in Washington und vielleicht Brüssel, aber keinesfalls in Berlin entschieden wird.

Man muss in Deutschland nichts von dem gutheissen, was in Russland geschieht. Aber darüber haben die Russen zu befinden, und die scheinen derzeit weniger gespalten und innerlich zerrissen zu sein, wie das leider durch die Bundeskanzlerin für Deutschland und die EU-Staaten bewerkstelligt worden ist. Warum also nicht einmal über den Zaun blicken und sich fragen, woran das eine oder andere liegt?

Der Westen als Hort der organisierten Ausweglosigkeit

Wir sehen es seit dem Sommer 2015 mit aller Deutlichkeit: Unsere eigene Politik schlägt mit aller Dramatik auf uns zurück und erschüttert alles. Der von den Vereinigten Staaten zu verantwortende «Todesstreifen» zwischen Kabul und Timbuktu lässt die betroffenen Menschen in das europäische «Herz der Finsternis» fliehen.

Wir nehmen südlich und südöstlich unserer Grenzen mehreren hundert Millionen Menschen die Lebensgrundlage und fallen den Tätern deshalb nicht in den Arm, weil wir zu Hilfsleistungen herangezogen werden und uns durch die deutsche Verteidigungsministerin auch noch andienen.

Wenn der US-amerikanische Präsident Obama in wenigen Wochen tatsächlich nach Hannover kommt, dann sollte der in China herumtönende Bundespräsident oder die deutsche Bundeskanzlerin vor laufenden Kameras sowohl ein Ende der verbrecherischen US-amerikanischen Politik als auch die Übernahme der Flüchtlingsströme durch die USA einfordern.

Es ist natürlich nicht zu erkennen, wie diese US-Politik in die Karten der europäischen Machthaber spielt. Diese trauen sich nicht, dem US-amerikanischen Präsidenten das zu sagen, was gesagt werden müsste. Fluchtsachen werden durch die deutsche Bundeskanzlerin nur bekämpft, wenn sie sich gegen aufbegehrende eigene Staatsbürger in Stellung bringen lassen. Damit erleichtert man über transatlantische Netzwerke den Vereinigten Staaten die Fortsetzung einer mörderischen Politik und bleibt innenpolitisch weiter am Ruder, demnächst mit den Grünen als der deutschen Kriegspartei par excellence.

Wir können uns innerstaatlich auf die Hinterbeine stellen wie wir wollen: Die Kriegskarawane zieht weiter und sie opfert die Menschen zwischen Kabul und Timbuktu und darüber hinaus. Wir sind dann noch nicht einmal mehr fähig, unsere eigenen staatlichen Grenzen zu schützen und diese werden zum Einfallstor von Terroristen.

Das Elend nimmt aber kein Ende

Wir sind etwas atemlos, was die Betrachtung des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes anbelangt. Frau Clinton steht für eine auf Krieg gebürstete Politik. «Wir sahen, wir kamen und wir killten», ist doch wohl das neue Motto der Ehefrau eines US-amerikanischen Präsidenten, der den Krieg wieder nach Europa brachte. Was Gutes für uns? Da man in Europa Herrn Sanders nicht wählen kann, bleibt nur noch der Blick auf die Republikaner übrig. Alles, ausser McCain, scheint da die einzige Hoffnung zu sein, denn ein Krieg gegen Russland wäre für uns alle das Ende. Genau das aber könnte uns blühen, wenn bestimmte Kräfte in Washington reüssieren sollten. Gott bewahre uns vor solchen Freunden.

Buch enthüllt:

Auch Amerikaner vergewaltigten ab 1945 massenhaft deutsche Frauen



*Vorrückende GI's in Deutschland 1945: Bis heute hält sich die Mär von den edlen ‹Befreieren›, Übergriffe galten bisher als Tabu.
Foto: wikipedia.org – US Army – public domain; 24. März 2016 – 13:46 h*

Für grosses Aufsehen unter Deutschlands ehemaligen westlichen Kriegsgegnern sorgt derzeit ein neues Buch, in dem mit der Mär vom exklusiv schändenden und vergewaltigenden Russen aufgeräumt wird. Die Autorin Miriam Gebhard, Professorin der Universität Koblenz, beweist in ihrem Werk *„Als die Soldaten kamen – Vergewaltigungen im Zweiten Weltkrieg“*, dass auch Franzosen, Briten und ganz besonders Amerikaner in grosser Zahl an Übergriffen an Frauen beteiligt waren, aber so gut wie nie zur Rechenschaft gezogen wurden. Die Zahl der Opfer wird auf mindestens eine Million geschätzt.

Schnell galt man als ‹Ami-Liebchen›

Wie Gebhard dem Internet-Nachrichtenmagazin *«Sputniknews»* erklärt, galten die offiziell brav Schokolade und Care-Pakete verteilenden Amis rasch als *«Befreier»* und Verbündete, als Garant für Wohlstand und Frieden, und dieses Bild galt es aufrecht zu erhalten. Zudem galten Frauen, die zugaben, von GI's missbraucht worden zu

sein, im Gegensatz zu Opfern von Rotarmisten rasch als ‹Flittchen› oder ‹Ami-Liebchen›, was die meisten Betroffenen davon abhielt, darüber zu sprechen.

Ein weiterer Grund für die verzerrte Wahrnehmung lag, so die Autorin, auch in der Propaganda der NS-Ideologen, in der die Deutschen eindringlich vor den rassisches minderwertigen ‹Untermenschen› oder ‹Asiatischen Bestien› aus dem Osten gewarnt wurden, gegen Kriegsende auch, um ihren Widerstandswillen zu erhöhen.

USA als brave Schutzmacht im Kalten Krieg

Bald nach der deutschen Kapitulation entbrannte dann der Kalte Krieg, und die USA standen als NATO-Partner als Schutzmacht da. Letztlich wurden die tatsächlich begangenen Verbrechen der Roten Armee zu Kriegsende und danach aber auch gerne instrumentalisiert, um von eigenen Greuelaten abzulenken. Schliesslich hatte Russland von allen Gegnern Deutschlands am meisten unter den Kriegsfolgen zu leiden, was gewisse Rachegefühle und in Folge systematische Übergriffe auf deutsche Frauen erzeugte. Der russisch-jüdische Ideologe Ilja Ehrenburg hatte den Rotarmisten schon zuvor in seinen Pamphleten unter anderem die deutsche Frau als Beute in Aussicht gestellt. Umgekehrt hatten, wie das Buch nachweist, die Vergewaltigungen der Amerikaner nicht erst in Deutschland begonnen, sondern bereits in der Normandie. Rache war also kein alleiniges Motiv.

Deutsche Polizei machtlos gegen Militärgerichte

Dass Vergewaltigungen auch bei den Westalliierten so gut wie nie geahndet wurden, lag in der alleinigen Gerichtsbarkeit der Militärbehörden. Wie Gebhard anschaulich betont, hätte ein deutscher Polizist nicht einmal dann eingreifen können, wenn er einen Täter in flagranti erwischt hätte.

Das Echo auf diese Enthüllungen ist bereits jetzt gross – nicht nur in Deutschland. Das Buch wird in sechs Sprachen übersetzt – darunter auch russisch.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0020346-Buch-enthuellt-Auch-Amerikaner-vergewaltigten-ab-1945-massenhaft-deutsche-Frauen>

Danke Frau Merkel!

24. März 2016 *Der Troll von Germania*



Während die deutsche Bevölkerung durch Kanzleramt, Innenministerium, BaMF und ‹Qualitätsmedien› systematisch damit beruhigt wird, die Flüchtlingszahlen gingen zurück, kündigt sich eine neue Flüchtlingswelle nach Europa an.

In Libyen warten rund 800 000 afrikanische Migranten auf die Weiterreise nach Europa, so eine aktuelle Information des französischen Innenministers Jean-Yves Le Drian vom 24.3.2016. Noch hat die EU keinen Plan, wie sie die Lage bewältigen kann.

Der Deal der EU-Spitzen mit der Türkei zur Eindämmung der Flüchtlingsströme ist zwar gerade in nur scheinbar trockenen Tüchern, und schon kommen Zweifel auf, dieser Plan könnte seitens der Türkei eine Riesenfinte sein.

Nach Ansicht der ‹Süddeutschen Zeitung› könnte der Türkei-Deal für Deutschland höchst unangenehme Folgen haben. Ziemlich sicher sei nämlich, «dass die Europäer weitere Hunderttausende Migranten aus der Türkei aufnehmen müssen.» Die ‹SZ› beruft sich dabei auf jenen Passus der Vereinbarung, der lautet: «Wenn die irregulären Überfahrten von der Türkei in die EU gestoppt oder zumindest substantiell und nachhaltig reduziert würden, wird ein ‹Humanitäres Aufnahmesystem› aktiviert. Dazu tragen die EU-Mitgliedsstaaten freiwillig bei.» Wie die ‹SZ› aus EU-Kreisen unter der Hand erfuhr, hätte sich die Türkei ohne diese Zusage nie auf das Paket eingelassen, da anderweitig alle neuen Flüchtlinge per se von ihr aufgenommen werden müssten.

Große Schätzung für 2016:

Seit Anfang des Jahres kommen bis jetzt im Schnitt 2200 Personen täglich nach Deutschland (hochgerechnet auf 365 Tage wären das 800 000 neue Flüchtlinge,



und zwar bei äusserst ungünstiger, kalter Witterung). Mit dem wärmeren Frühjahr dürften diese Zahlen anschwellen.

Dazu der grösste Teil der Migranten aus Libyen, also rund 700 000 plus eine grössere Zahl Migranten nach dem EU-Türkei-Deal, schätzungsweise nicht nur die 70 000, von denen bisher die Rede ist, sondern die zu erwartende Jahresgesamtzahl von mehreren Hunderttausend Personen (mindestens 300 000, vermutlich weitaus mehr).

Ohne zusätzlich denkbare dramatische Entwicklungen wären wir damit am Jahresende 2016 bei 1,8 Millionen weiterer Migranten, die hier unterzubringen, mit Nahrung, Kleidung und medizinisch zu versorgen sein werden.

Angesichts der 2015 eingereisten Migranten von tatsächlich rd. 1,2 Millionen spricht der Innenminister von etwa 400 in deren Windschatten eingereisten Terroristen. Die Zahl dürfte in Wahrheit wesentlich grösser sein.

War es bei 1,2 Millionen Zuwanderern nicht möglich, bei offenen Scheumentoren die Terroristen draussen zu halten, so wird dies bei 1,8 Millionen Flüchtlingen erst recht nicht möglich sein. Frau Merkel sieht darin kein Problem. Sie reist mit kugelsicherer Limousine, wie die gesamte Berliner Entourage ebenfalls.

Schon heute warnen Rainer Wendt von der Gewerkschaft der Polizei wie auch Dr. Hans-Georg Maassen, Präsident des Verfassungsschutzes, vor Anschlägen in Grossstädten der BRD, vor allem in Berlin.

Was ein ägyptischer TV-Moderator anprangert, lässt sich besser nicht auf den Punkt bringen.

(Anmerkung: <http://www.pi-news.net/2016/03/aegyptischer-tv-moderator-zum-brussel-terror/>)

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsdienste verfügt der IS über erhebliche Mengen an Iridium 92, Nuklearmaterial für schmutzige Bomben. Mit einer allein könnte Berlin zur Geisterstadt werden.

Auch wenn die Regierung diese Gefahr verschweigt, könnte eine solche Terrortat das Signal für einen flächen-deckenden Terror in Europa und vor allem in der BRD sein. Wer Iridium 92 einsetzt, kann auch Giftgas einsetzen, Trinkwasser vergiften oder sogar Atomkraftwerke attackieren. Letztere Gefahr sehen wohl auch die Regierungen. Unmittelbar nach den Anschlägen von Brüssel wurden sämtliche AKW in Belgien militärisch bewacht.

Käme es zu derartigen Terrorangriffen – die Polizei und Verfassungsschutz als unmittelbar bevorstehend betrachten – wären Rettungskräfte und Medizinzentren heillos überfordert und die Bevölkerung in absoluter Panik. Danke Frau Merkel!

Quelle: <http://krisenfrei.de/danke-frau-merkel-2/#more-26731>

Anfeindungen gegen ihn und Polizei

Warburgs Bürgermeister in offenem Brief: Westpol-Bericht des WDR «einseitig»

Epoch Times, Sonntag, 27. März 2016 10:35

Nach dem Skandal um einen Polizei-Einsatz in einem Warburger Flüchtlingsheim hat sich der Bürgermeister der Stadt zu Wort gemeldet: In einem offenen Brief an den WDR-Intendanten Tom Buhrow kritisiert Michael Stickeln die «undifferenzierte» Berichterstattung des Senders.

Es geht um den Westpol-Bericht des WDR, der ein Ereignis behandelte, das sich am 9. März in einer Warburger Flüchtlingsunterkunft zutrug und bei dem die Polizei angeblich unverhältnismässig brutal gegen eine Syrerin und ihre Kinder vorging. Schon einen Tag nach dem Bericht gab es Aussagen in regionalen Medien, dass alles ganz anders war und die Aggression von der Frau ausgegangen sei.

Warburgs Bürgermeister Michael Stickeln möchte nun eine Erklärung des WDR: Er hatte ausführliche Interviews zum Vorfall gegeben, wurde aber auf wenige Sätze zusammengekürzt, die ihn in schlechtes Licht rückten.



Der WDR-Bericht über einen Polizei-Einsatz in Warburg schlug hohe Wellen. Symbolfoto.

Foto: BERND THISSEN/Getty Images

«Auf die persönlichen Anfeindungen, welchen ich seit der Berichterstattung ausgesetzt bin, möchte ich an dieser Stelle gar nicht ausführlicher eingehen», schreibt Stickeln am Ende des Briefs, der auf der Homepage der Stadt Warburg erschien. Hier die Darstellung des Bürgermeisters im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Buhrow,
mit diesem ‹offenen Brief›, den ich allen regional berichtenden Presseorganen zur Verfügung stelle, verbinde ich grosse Hoffnungen in Sie persönlich. Denn ich spreche Sie nicht nur als den im Sinne des Presserechts formaljuristisch verantwortlichen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, sondern auch als den langjährigen international renommierten Nachrichtenjournalisten an, der von mir und einer breiten Öffentlichkeit wegen seiner kritisch-informierenden aber gleichsam stets objektiv-ausgewogenen Berichterstattung über lange Jahre hochgeschätzt wurde.

Der Umstand, dass diese journalistischen Basisanforderungen aus meiner Sicht von o.g. Mitarbeiterin des WDR verletzt wurden, treibt mich um, wegen der grundsätzlichen Art und Weise in der Berichterstattung über Flüchtlinge, die ich zum Teil seit längerer Zeit beobachten muss.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es genau diese zum Teil unvollständige, in diesem Fall einseitig die Interessen von Flüchtlingen unterstützende und wesentliche Fakten weglassende Art der Berichterstattung ist, die zu gesellschaftlichen Spannungen führt und die auch in der Lage ist, öffentliche Meinungen zu manipulieren. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere auch an die Geschehnisse in der Silvesternacht 2015 in Köln erinnern.

Doch zunächst kurz zum Sachverhalt hier vor Ort, wie er sich – ohne jede Wertung – am heutigen Tage für mich darstellt. Nachdem meine Verwaltung Beschwerden einer syrischen Flüchtlingsmutter über sexuelle Belästigungen ihr selbst und einem ihrer Kinder gegenüber erreichten, haben wir zum Schutz der Betroffenen entschieden, die Familie vorsorglich in eine andere Unterkunft zu verlegen, da in der neuen Unterkunft fast ausschliesslich aus Syrien stammende Flüchtlinge untergebracht sind und wir uns so für die Familie einen friedlichen Aufenthalt erhofften. Im Zuge dieses neuen Unterkunftskonzeptes sind bis dato übrigens über 70 Personen umgezogen. Da die syrische Familie sich jedoch den Mitarbeitern der Hansestadt Warburg gegenüber massiv weigerte umzuziehen, haben wir die Polizei in Warburg um Unterstützung im Rahmen der sogenannten ‹Vollzugshilfe› gebeten. Bei der anschliessenden Umsetzung durch die Polizei kam es zu Auseinandersetzungen.

Die Polizei musste daher unmittelbaren Zwang ausüben, um die Familie in die vorgesehene neue Unterkunft verbringen zu können.

Teile dieser polizeilichen Massnahmen sind von Dritten mit Hilfe von Handy-Videos festgehalten worden, die an die WDR-Mitarbeiterin, Frau El Moussaoui, weitergegeben worden sind. Frau El Moussaoui hat daraufhin mit mir und zwei weiteren Mitarbeitern der Stadtverwaltung (Herrn I. Beigeordneten Braun und Herrn Fachbereichsleiter Scholle) in rund drei Stunden Interviews bzw. Gespräche geführt, in denen der Sachverhalt und die Beweggründe der Stadt ausführlich erläutert wurden.

Aufgrund der Berichterstattung vom Sonntag, dem 20.03.2016, im WDR-Fernsehen in der Sendung «Westpol», die sich im Ergebnis für einen öffentlich-rechtlichen Sender als – aus meiner Sicht – einseitig darstellt, muss ich folgende Fragen an Sie über diesen Brief öffentlich machen:

- Warum hat die Mitarbeiterin des WDR, Frau Najima El Moussaoui, die umfangreichen Informationen, die wir ihr in rund drei Stunden Interviews insbesondere über das gemeinsam mit der Flüchtlingsinitiative, der Sozialarbeiterin und der Polizei erstellte Unterbringungskonzept gegeben haben, vollständig weggelassen?
- Warum reduziert sie mein unter Zeugen geführtes nahezu einstündiges und vollständig gefilmtes Interview, in dem ich ihr mehrfach und sachlich in vollkommener Ruhe unsere Beweggründe für das neue Unterbringungskonzept erläuterte, lediglich auf meine Aussage, dass ich das mir im Interview vor laufender Kamera, vielleicht nur ausschnittweise, erstmals vorgestellte Handy-Video nicht kommentieren möchte?
Dieses Verhalten meinerseits halte ich nachdrücklich für richtig, da ich mir ein Urteil in dieser spontanen Situation aufgrund fehlender umfangreicher und objektiver Informationen nicht bilden konnte.
- Warum suggeriert man im Bericht unterschwellig, dass ich in der vom Landrat des Kreises Höxter am Freitag, dem 18.03.2016, kurzfristig einberufenen Pressekonferenz «lediglich» meinen allgemeinen Vertreter, Herrn I. Beigeordneten Braun, entsende, dass ich mich vor der Pressekonferenz «drücken» wollte.
Tatsächlich hätte man in Erfahrung bringen können, dass ich auf der Beerdigung eines Freundes der Familie in meinem Heimatort anwesend war.
- Nur einen Tag nach der WDR-Berichterstattung in der Sendung «Westpol» tauchen Pressartikel in der «Neuen Westfälischen Zeitung» auf, in der von einer ehrenamtlichen Warburger Flüchtlingshelferin berichtet wird. Die Aussage dieser freiwilligen Helferin lässt das Verhalten der o.g. syrischen Flüchtlingsfamilie in einem völlig neuen Licht erscheinen, der die WDR-Berichterstattung gleichsam auf den Kopf stellt. Die Flüchtlingshelferin erklärt, dass die syrische Flüchtlingsmutter, die zusammen mit ihren Kindern erst seit einigen Wochen in Warburg weilt, in ein «eigenes Haus» umziehen wollte und hierzu einen sexuellen Missbrauch in der Zentralunterkunft vorgetäuscht hat. Beim Eintreffen der Polizei habe die Mutter ihre Kinder aufgefordert, sich mit Tritten und Bissen gegen die Polizei zur Wehr zu setzen und auch selbst zugebissen. Demnach hätten Augenzeugen berichtet, dass die Frau ihre eigenen Kinder regelmäßig schlägt.
Vor diesem neuen Hintergrund drängen sich Fragen auf: Wusste Frau El Moussaoui vom WDR von der Aussage der Warburger Flüchtlingshelferin und wenn ja, warum hat sie auch diese Information weggelassen. Muss hier gar befürchtet werden, dass dieser syrischen Flüchtlingsmutter mehr geglaubt wird als einer ehrenamtlichen Flüchtlingshelferin?
- Wenn Frau El Moussaoui von den Aussagen der freiwilligen Helferin keine Kenntnis hatte, wie ist es dann möglich, dass die Presse bereits nur einen Tag nach der WDR-Berichterstattung davon berichtet? Warum dieser Zeitdruck bei der Berichterstattung durch Frau El Moussaoui und diese zwangsläufig entstehende oberflächliche Recherchearbeit hier vor Ort?
- Wenn Frau El Moussaoui von der Aussage der Flüchtlingshelferin wusste, drängt sich hier nicht auch zwangsläufig die Frage auf, ob Frau El Moussaoui wirklich unabhängig von äusseren Einflüssen agiert?
- Ist es nicht so, dass alle Flüchtlinge – unabhängig von Herkunft und Asylstatus – in gleicher Masse zunächst als Asylsuchende anzusehen sind und die unterbringende Kommune selbstständig über den Ort und die Art und Weise der Unterbringung im Rahmen ihrer (begrenzten) Möglichkeiten bestimmen kann?
Sollte man nicht den Menschen, die sich ehren- wie hauptamtlich in dieser für uns Gesellschaft so extrem herausfordernden Zeit für Flüchtlinge und ein friedvolles Zusammenleben vor Ort und in der Gesellschaft engagieren, zunächst einmal auch in den Medien zumindest unvoreingenommen, besser noch objektiv gegenüberstehen.
- Ist Frau El Moussaoui bewusst, welche Demotivierung und auch vorverurteilende Anfeindungen Polizeibeamte aufgrund einer solch undifferenzierten Berichterstattung erleiden müssen?



Foto: Facebook
Michael Stickeln

Auf die persönlichen Anfeindungen, denen ich seit der Berichterstattung ausgesetzt bin, möchte ich an dieser Stelle gar nicht ausführlicher eingehen.

Warburgs Bürgermeister Michael Stickeln (CDU) will den WDR-Bericht nicht einfach so stehen lassen.

Ich denke, der einfache Hinweis auf die natürlich vorhandene Pressefreiheit dürfte dem Anspruch eines öffentlich rechtlichen Senders nicht gerecht werden. Von diesem erwarte ich eine differenziert recherchierte Berichterstattung.

Ich würde mich freuen, sehr geehrter Herr Buhrow, wenn Sie sich meiner hier vorgebrachten Sorgen annehmen würden und sehe schon jetzt hoffnungsvoll Ihrer Antwort entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Stickeln

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/anfeindungen-gegen-ihn-und-polizei-warburgs-buergermeister-in-of-fenem-brief-westpol-bericht-des-wdr-einseitig-a1317442.html> (Erlaubnis liegt vor)

IMPRESSUM **FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: <Billy> Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, Freie Interessengemeinschaft, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz